

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage...

Telegraphische Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 15. Februar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Spaltenbreite 20 Pfennig...

Einzelnen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Marx und seine Bundesgenossen.

Der Reichskanzler als Sprachrohr der Ostelbier. - Wie sie das Regierungsprogramm auffassen.

Das Zentrumblatt in der Bischofsstadt Paderborn, das 'Westfälische Volksblatt'...

An Deutschland ist - im Gegensatz zu allen Ländern, deren Suprematie mit weinerlicher Aufgereiztheit beklagt wird...

Reichskanzler Marx aber hat sich zum Sprachrohr der Kreise gemacht, die den Boykott gegen Herrn v. Tressow...

Sehr im Widerspruch zur Anschauung seiner Partei und wahrscheinlich seiner eigenen besseren Einsicht...

Kapp-Bullesche sagte Herr Burlage, sein Vorgänger im Fraktionsvorsitz des Zentrums...

Was würde Herr Burlage zu der Verteidigung dieser Sorte Menschen und ihrer Methoden durch Herrn Marx sagen?

Was sie von Schwarzrotgold halten.

Deutschnationale innere Verlogenheit.

In der deutschnationalen Presse bemüht man sich mindestens täglich einmal, anders zu schreiben, als es im Bekenntnis der Deutschnationalen zum Regierungsprogramm zu lesen ist.

Dem je mehr Schwarzrotgold im Zustande gezeigt wird, desto mehr wird unser Ansehen steigen, das durch die passivistische Richtung des Generals Freiherrn von Schönau...

Auch eine Illustration zu dem Bekenntnis zur Verfassung und zu den Reichsfarben, mit dem die Deutschnationalen ihren Regierungseintritt erkaufte haben.

Kein Keudell!

Die 'Deutsche Tageszeitung' hatte vor kurzem behauptet, daß der Oberpräsident von Steintippmann sich der Kappregierung zur Verfügung gestellt hätte.

1. Es ist nicht wahr, daß ich mich der Regierung des Herrn Kapp irgendwie zur Verfügung gestellt hätte.

2. Ebenfalls ist nicht wahr, daß ich Herrn Kapp oder seiner Regierung irgendwelches Entgegenkommen erwiesen hätte.

3. Wahr ist vielmehr, daß ich es abgelehnt habe, diese Regierung anzuerkennen, und daß ich nun ihr telegraphisch meines Dienstes enthoben worden bin.

Die Pariser Presse nimmt größtenteils die Partei Polens, vielleicht dazu mit angeregt durch die Schwierigkeiten in den deutsch-französischen Verhandlungen über die weitere Verlängerung des Handelsvertragsprotokollens...

Pilsudski im Sejm - alles beigelegt!

Warschau, 14. Februar. (W.Z.) Der Konflikt zwischen Sejm und Regierung ist durch beiderseitiges Einlenken beigelegt worden. Die Ankündigung der Pilsudski-Blätter, daß sich die Regierung mit dem Vizeministerpräsidenten Dr. Bartel einigte...

Streikverbot in Portugal.

Der Sieg über die Arbeiter.

Paris, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die portugiesische Gesandtschaft veröffentlicht ein Telegramm des Außenministers, wonach in ganz Portugal Ruhe herrscht.

Prager Verwaltungsreform.

Ein reaktionäres Nachwerk des Bürgerblocks.

Nun ist endlich die Vorlage über die Reform der Verwaltung der Tschechoslowakei den Fraktionen gedruckt übermittelt worden. Sie bezweckt die Aufrichtung einer gewaltigen bürokratischen Maschinerie...

Polizeiliche Bestimmungen umfassen nahezu den ganzen ersten Teil des Gesetzes. Das Ministerium des Innern und die ihm unterstellten neu zu schaffenden Landes- und Bezirksämter sind vor allem Polizeiamter...

Der Gedanke, daß die Polizei alle ihr zweckdienlichen Anordnungen zum Schutze der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Sittlichkeit usw. zu treffen...

Natürlich hat die Verwaltungsreform nicht nur diesen polizeilichen Zweck; sie beschäftigt sich auch tatsächlich mit der Neugestaltung der Verwaltung, die noch aus Österreich stammt und in Österreich selbst schon längst als reformbedürftig erkannt war.

Der Landespräsident verleiht alle Dienststellen im Lande und bei den Bezirken, er kann alle Angestellten versetzen oder pensionieren.

Die Machtvollkommenheit der Landes- und Bezirksvertretungen wird sehr gering sein. Wirkliche soziale Fürsorge wird unmöglich.

Polnisches Minderheitenrecht.

Die neue Minderheitenzeitschrift sofort beschlagnahmt!

Warschau, 14. Februar. (W.Z.) Führer der fünf in Polen lebenden Minderheiten (der Deutschen, Ukrainer, Weißrussen, Juden und Litauer) haben vor einiger Zeit beschlossen, unter dem Namen 'Natio' eine gemeinsame Monatszeitschrift...

Die Deutschen, Ukrainer, Weißrussen und Juden haben wegen dieser Beschlagnahme eine Interpellation an die Minister des Innern und der Justiz gerichtet.

Deutscher Hilferuf an den Völkerbund.

Genf, 14. Februar. (W.Z.) Dem Generalsekretariat des Völkerbundes ist vom Deutschen Volksbund in Obersteien ein Appell in Sachen der Zulassung der Kinder zu den Minderheitenschulen zugegangen.

Polemik im Handelskrieg.

Die polnische und die deutsche Regierung haben zwar seit dem bekannten Brief Ledwos und seiner Empfangsantwortung durch die polnische Delegation weitere Schriftstücke nicht miteinander ausgetauscht...

unsere Genossen die Mehrheit hatten, ist in den letzten Jahren viel soziale Verwaltung geleistet worden, wurden Bezirks-entbindungshelme, Genesungsheime, Kinderheime, andere soziale Anstalten aller Art geschaffen — gegen den Willen des Bürgeriums, das für solche „Humanitätsduselei“ kein Geld „vergeben“ will. Nun wird dafür gesagt, daß die sozialen Lasten nicht zu groß werden!

So ganz nebenbei wird in einem versteckten Paragraphen bestimmt, daß Präsident, Berichterstatter und Schriftführer der Landesvertretung sich der Staatsprache bedienen müssen, die Protokolle nur tschechisch verfaßt werden. Welcher Rückschritt gegenüber dem böhmischen Landtage der Vorkriegszeit, in dem beide Landessprachen gleichberechtigt waren! Begl man die Ergebnisse der Parlamentswahlen von 1925 zugrunde, dann werden von den 64 gewählten Vertretern in Böhmen 36 Tschechen sein, 20 Deutsche und 8 Kommunisten (die Kommunisten hatten internationale Listen), in Mähren-Schlesien 22 Tschechen, 10 Deutsche und 4 Kommunisten. In beiden Ländern wird natürlich durch die Ernennungen dafür gesorgt werden, daß der tschechische Einfluß noch bedeutend stärker wird, als dem nationalen Schlüssel entsprechen würde.

Die Verwaltungsreform ist also ein schwerer Schlag gegen das Deutschtum, Zerstörung all seiner Autonomiehoffnungen — sie ist aber vor allem ein brutales Attentat gegen die Arbeiter. In seinem Lande, in seinem Bezirke werden sie wirklich zur Geltung kommen, überall wird ihnen die mit Hilfe der Ernennung von „Fachmännern“ hergestellte bürgerliche Mehrheit gegenüberstehen. Und deshalb, weil diese Verwaltungsreform den Arbeitern nirgends Einfluß auf die Verwaltung einräumt, stimmen auch die deutschen Regierungsparteien dieser Rückwärtsreform zu! Das Bürgerium verzichtet auf die Selbstverwaltung, damit die Arbeiter nicht verwaltet können, es beugt sich der nationalen Entrechtung, weil sie mit der Entrechtung der Arbeiter verbunden ist!

Das rechtsradikale Tohuwabohu.

Vom elenden Tropf zum Bekennner.

Ohne Zweifel ist es nicht ganz leicht, sich zwischen den mannigfaltigen Gruppen der sogenannten „Bölkischen“ zurechtzufinden: der Neubildungen, Abspaltungen und Uebertritte sind zu viele! Inzwischen ist wieder einmal etwas passiert: der Reichstagsabgeordnete Graf Reventlow hat von der Wulle-Gruppe zur Hitler-Gruppe hinübergewechselt. Und in seinem „Reichswort“ erklärt er:

„Nachdem vor einigen Wochen zwischen Herrn Adolf Hitler und mir alles, was persönlich zwischen uns stand, erledigt worden war, ist mein Uebertritt zur Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei Tatsache geworden. Ich bin übergetreten ohne jegliche Führeransprüche und ohne Vorbehalte. Ich ordne mich ohne weiteres Herrn Adolf Hitler unter... Die vergangenen zwei Jahre haben gezeigt, daß die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei auf dem rechten Weg ist...“

Vor Tatsache las man anders. So wenigstens berichtet uns der Pfarrer Traub in seiner „München-Augsburger Abendzeitung“. Er schreibt nämlich:

„Sie feiger Tral!“ „Sie elender Tropf!“ „Sie Verräter!“ so hießen im Hofbräuhaus vor nicht zu langer Zeit die Schimpfwörter von der Gruppe Hitler gegen den Grafen Reventlow und Herrn v. Gräfe. Selten hat sich ein so widerliches Bild einer politischen Versammlung.“

Nun, vom elenden Tropf zum demütigen Bekenntnis, bisher auf der verkehrten Hochzeit gewesen zu sein, ist immerhin für so kurze Zeit eine beachtliche Leistung.

Aber Herr Traub will uns außerdem noch zeigen, wieviel auch bei den Nachbarn der Bölkischen, den deutschnationalen Regierungsparteiern, oberflächlich ist. Er behauptet deshalb, daß, wenn die Deutschnationalen durch ihren Eintritt in die Regierung die Außenpolitik in gleicher Art weiterführen wollten wie

bisher, die Deutschnationale Partei wahrscheinlich nicht lange bestehen würde.“

In der Tat, ein prächtiges Bild der Ehrlosigkeit in den „Bereinigten Vaterländischen Verbänden“, denen ja die Hitlers, Wulles, Wehrtaps und Traubs gemeinsam angehören!

Alldeutsche gegen Deutschnationale.

„Nationale Opposition im Lande“ — eine neue Firma für Putschbestrebungen.

Der Alldeutsche Verband teilt der Telegraphen-Union folgendes mit:

Der geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes hat unter dem Vorsitz von Justizrat Claß am 12. und 13. Februar in Berlin getagt und sich hauptsächlich mit der durch die Lösung der letzten Regierungskrise geschaffenen Lage befaßt; als Abschluß ihrer Beratungen hat die Versammlung einstimmig folgende Entschlüsse angenommen:

„Durch den Eintritt der deutschnationalen Fraktion des Reichstages in ein engeres Verhältnis zum Zentrum, zur Deutschen und zur Bayerischen Volkspartei, die mit der Schuld der Erfüllungspolitik belastet sind und durch die Entsendung von vier deutschnationalen Abgeordneten in das neue Kabinett ist ein Zustand geschaffen worden, der im Reichstag die Fortführung der nationalen Opposition gegen die verderblichen Auswirkungen des heutigen Systems in Frage stellt. Der geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes ist überzeugt, daß eine Regierung wie die jetzt gebildete dauernd von innen heraus gelähmt werden kann und deshalb eine sachliche Staatskunst nicht zu betreiben vermag, die allein dem auf allen Gebieten des nationalen Lebens fortschreitenden Verfall entgegenwirken könnte. Angesichts dieser Sachlage und der zu befürchtenden Entwicklung ist ein unbedingtes Gebot, die nationale Opposition draußen im Lande aufrechtzuerhalten und sie so zu stärken, daß eine solche Entwicklung verhindert werden kann und daß unter Umständen, wenn dies nicht gelingt, ein Ausweg aus der dann entstehenden Verwirrung durchgesetzt wird. Der geschäftsführende Ausschuß beauftragt die Hauptleitung mit allen gleichgerichteten und gesinnungsverwandten Vereinigungen ungesäumt in Verbindung zu treten, um eine solche Stärkung der nationalen Opposition im Lande gemeinsam zu betreiben. Er fordert die Gliederungen des Alldeutschen Verbandes auf, sich an dieser Arbeit überall eifrig zu beteiligen.“

Hugenbergs Programm.

Liebesgabenpolitik für Großagrarien.

Mielefeld, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei von Lippe sprach am Sonnabend der Reichstagsabgeordnete Hugenberg über die Aufgaben der neuen Regierung auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Er sagte u. a.:

„Ich habe im Kreise meiner Wähler keine Veranlassung nicht auszusprechen, daß ich ein Gegner der Entwicklung (nämlich des Eintritts der Deutschnationalen in die Reichsregierung, D. Reb.) gewesen bin. Aber wir stehen vor der vollendeten Tatsache und wollen die Zukunft abwarten. Mir liegt es fern, nicht zu begreifen, daß zur Nacht politische Rührarbeit erforderlich ist. Ich bin nur von Sorge erfüllt, ob die jetzige Nacht zur Besserung ausreicht... Seit Caprivis Zeiten, die damals der Landwirtschaft schwere Lasten brachten, sind Verhältnisse, wie sie die Landwirtschaft heute tragen muß, noch nie zutage getreten. Die Befolgungen unserer Zeit treffen sowohl den großen Grundbesitz wie den kleinen Landwirt. Kommt keine Abhilfe, dann ist der Untergang sicher. Wir müssen uns darüber besonders klar werden, daß der Staat von heute im Gegensatz zu damals in seiner ganzen Struktur der Landwirtschaft feindlich gesinnt ist.“

Wie Schiele in Dispreußen, so bringt Hugenberg in Lippe den Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung auf den einfachsten Renner: Jetzt muß dem großen Grundbesitz durch Liebesgabenpolitik der neuen Reichsregierung geholfen werden.

Deutschnationale Rebellion.

Die Jugendorganisation will nicht mitmachen.

Die Jugendorganisation der Deutschnationalen Volkspartei, die „Bismarckjugend“, ist mit der Taktik der deutschnationalen Reichstagsfraktion nicht zufrieden. Sie erblickt im Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung eine Preisgabe der „nationalen Opposition“.

In einer Versammlung von Führern und Vertrauensleuten in Eberfeld sprach der Reichsführer der Bismarckjugend über die Umstellung der nationalen Opposition:

„Die Bismarckjugend ist politische Jugendbewegung. Sie wollte der D. R. N. B. durch Zuführung der vom Idealismus lebenden Jugend Kraft und Stärke geben. Sie erwartete aber von der Partei, daß sie an ihren Grundsätzen festhielt. Tut die Partei das nicht oder stellt sie sie für eine Weile in die Ecke, so vermag die Jugend ihr in dieser Hinsicht nicht zu folgen. Wir treten immer auch öffentlich für unsere Grundsätze und Ziele, insbesondere den monarchischen und großdeutschen Gedanken, ein.“

Ueber diese Ausrüstung schreibt die „Kreuzzeitung“: „Das Fähnlein der Aufrechten.“ Woraus man entnehmen kann, wie sie die deutschnationale Reichstagsfraktion und ihren Führer Wehrtap beurteilt.

Lüttwich-Revision.

Neudell Reichsinnenminister — warum Lüttwich nicht Republik-Pensionär?

Am 18. Februar findet vor dem 11. Senat des Kammergerichts um 10 Uhr vormittags die Revisionsverhandlung in Sachen Reichswehrministerium gegen Lüttwich statt. Bekanntlich ist der Fiskus verurteilt worden, an Lüttwich die Aufwertungsansprüche, die er in einer Klage gestellt hat, zu erfüllen und ihm einen Teil seiner einbehaltenen Pension nachzuzahlen. Es ist grotesk, daß ein Reichskabinett, dessen Kanzler dem Kapp-Rebell v. Neudell seine Unschuld als Kapp-Putschist amtlich attestiert hat, einem anderen Kapp-Rebell Ansprüche aus den Kapp-Tagen verweigern will. Es wäre notwendig, daß auch dem Herrn Gehler seine Verfassungstreue durch amtliches Zeugnis des Reichskanzlers bescheinigt wird. Denn sonst könnte die Linke gerade bei Herrn Gehler auf den Gedanken kommen, er wolle gegen die Erklärung des Reichskanzlers im Falle Neudell demonstrieren. Wenn die Sache nicht zu ernst wäre, wäre sie direkt zum Lachen.

Der Fall Machan.

Eigenartige Methoden des Bremer Senats.

Die amtliche Pressestelle des Senats zu Bremen veröffentlicht eine Mitteilung zum Fall Machan, in der es heißt:

Die vielfach in den Pressemitteilungen noch enthaltenen unrichtigen Behauptungen lassen folgende tatsächliche Feststellungen notwendig erscheinen: Nach den eigenen Angaben der Verstorbenen des Tagebuches, der Mutter der verstorbenen Margarete Machan, entbehren die Angaben über die rohe Behandlung der Tochter bei der Polizei der tatsächlichen Unterlagen. Auch die amtlichen Ermittlungen haben ergeben, daß die beteiligten Beamten einwandfrei gehandelt haben.

Der Senat hat die Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation über den Fall Machan verschoben. Er greift mit einer einseitigen Polizeiarbeit vor. Er scheut sich, in der Bürgerschaft Rede und Antwort zu geben. Man muß deshalb diese Darstellung der Pressestelle mit größter Vorsicht aufnehmen. Sie weilt lediglich neues Mißtrauen.

Die Berufung des deutschen Volksbundes in Oberschlesien in der Streiffrage über Zulassung von über 7000 Kindern zu den deutschen Schulen ist dem Bülkerbundessekretariat mit dem Vorbehalt ihrer späteren Stellungnahme weitergeleitet. Die Angelegenheit gelangt in der Märzession des Bülkerbundesrats zur Behandlung.

Kunstschau der Unbekannten.

Auf Anregung von Paul Westheim, dem Herausgeber des „Kunstblattes“, hat die Deutsche Kunstgemeinschaft einen Aufruf an junge, bisher nicht ausgestellte Mäler in Deutschland erlassen, Bilder einzulenden. Die Jurierung vollzogen drei der Künstler selber und das Resultat ist nun in vier Sälen der Kunstgemeinschaft im Schloss ausgestellt.

Diese etwa 70 Gemälde bedeuten so etwas wie einen einstweiligen Ueberblick über unseren künstlerischen Nachwuchs. Es fehlt allerdings nicht an Malern, die zwar jung sind und zum Nachwuchs zählen, denen man aber schon auf Berliner Ausstellungen begegnet ist. Dazu gehören Marie Schwichtenberger, Heinrich Schwarz, Sebba, Wunderwald; und es ist kein Zufall, daß gerade ihre Werke das höchste Niveau unter den Ausgestellten hatten: sie sind eben um ihrer Verdienste willen schon in öffentliche Ausstellungen vorgebracht. Aber auch unter den gänzlich Unbekannten gibt es eine Reihe von starken und sympathischen Begabungen.

Was sie offenbaren, ist allerdings mehr eine Angelegenheit persönlicher Talente als zukunftsreicher Entdeckung. Man darf nicht erwarten, daß auf dem Wege öffentlichen Aufstiegs eine neue Kunstströmung zutage tritt; im allgemeinen sind die Resultate heraus in die bestehenden Schulen oder wie man es nennen will, einzuordnen. Aber das genügt ja auch. Was man wollte, ist erreicht: ein paar gute, ehrliche, selbständige Talente aus der Verborgenheit zu geben.

Die Geschmacksvollen, den Dekorativen Benachbarten haben den Vortritt: Veyhausen (Rassel) mit einem außerordentlich detaillierten Stillleben, Abda Kesselfaul (Bonn) mit einer hellfarbig anmutigen Landschaft; hierher gehört auch das feine und noble Stillleben von Marie Schwichtenberger.

Dann gibt es Landschaftler, die mit edelstem Gefühl für die Sonderwerte der Farbe Rainblät in gegenständlichen verbinden; sie kommen alle aus der Atmosphäre von Henri Rousseau her, aber auch aus Bezirken um Hofer und Urislo, ohne deshalb an Selbstständigkeit einzubüßen: neben Wunderwald etwa Lames (Berlin), R. van Appen (Frankfurt a. M.), G. W. Ras (Berlin), J. Horn (Barmen), Friedel Reuter (Breslau). Eine sehr besondere Note, vielleicht die persönlichste in der Ausstellung, findet Karl Döbel (Rassel) mit einem Porträt und einer Pariser Landschaft, die auf keine Fortentwicklung Hoffnungen setzen lassen.

Aus dem Malerischen an sich, dem unerwünschten Born jahrhundertalter Tradition, entweichen ihre Kunst M. Schenk (Berlin), O. Billow (Berlin) und W. Reue (München). Vor allem gehört hierher Heinrich Schwarz, dessen dunkle Tierbilder schon wiederholt auf Ausstellungen Aufsehen erregten.

Flotte Figurenstudien von dekorativer Stärke gaben v. Kölln (Berlin) und Rob. Huth (Berlin).

Endlich fehlt es nicht an Vertretern der sog. „Neuen Sachlichkeit“ in verschiedener Ausprägung und — wenn man von allzu vollendet gekannten „Schulbüchern“ wie von Girnus und Behler absteht — von bemerkenswerter Selbstständigkeit. Schellhaffe (Berlin), G. Diehl (Frankfurt a. M.), Sebba (Berlin) seien hervorgehoben, vor allem der technisch ungemein begabte S.

Gilles (Röln) mit einer „Braut“ von intensiver Stoffmittelfarbigkeit. Zu schmerzhaft (Berlin) legt die Linie, die vom frühen Liebermann über Nolde führt, mit großem Können fort.

Tatene, die nicht genannt wurden, mögen sich mit der Subjektivität aller Urteile trösten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Genie der Zukunft sich lust unter ihnen befindet.

Dr. Paul J. Schmidl

Junge Dichter.

Eine sehr beachtenswerte „Morgensfeier der Jugend“ veranstaltete der Verband Deutscher Erzähler im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses. Autorität setzte sich hier für die schöne Aufgabe ein, verheißungsvolle Jugend zu fördern, ihr zur ersten, schwersten Anerkennung in der Öffentlichkeit zu verhelfen. Die Preisträgerin des Jugendpreises Deutscher Erzähler 1926, Juliane Kay, ihr Mitkonkurrent im den Preis, Hermann Rohmann, und der durch Gedichte schon bekanntere Günther Birkenfeld wurden dem Publikum vorgestellt. Vielleicht, wahrscheinlich sogar hatten die Namen der Vortragenden, Elise Heims, Friedrich Kayler, Paul Wegener, eine starke Anziehungskraft ausgeübt. Jedenfalls war der Saal gut besetzt und die Veranstaltung bedeutete damit mehr als nur eine edle Geste.

Die Stunde der unbekannteren Namen lohnte. Juliane Kay, die für ihr Buch „Abenteuer im Sommer“ den von der Deutschen Buchgemeinschaft ausgelegten 10 000-Mark-Preis errang, hat alle Qualitäten einer beachtenswerten Schriftstellerin — Beobachtungsgabe verbunden mit sicherem Form- und Stilgefühl, die sie in den Dienst einer glücklichen Gestaltungskraft stellt. Das, was Elise Heims als kultivierte Sprecherin aus dem Roman dieses erst vierundzwanzigjährigen jungen Menschen hat, zeigte eine seltene Reife, fast ein Darübersehen über den Stoff. Man kann nach einigen Seiten nicht abschließend urteilen, sonst würde man beinahe der hürdt Ausdruck missen, daß hier vielleicht eine künstliche Gefahr ruht: die des Zu-früh-hering-seins. Aber selbst wenn es so wäre, so braucht schließlich das Wissen um diese Gefahr für Juliane Kay nichts anderes zu bedeuten als eine erfolgreiche Warnung, sie zu vermeiden.

Günther Birkenfeld, der durch den berufenen Mund Paul Wegeners zu Worte kam, ist Juliane Kay innerlich verwandt. Auch er gehört zu den Menschen, die legendärlich verhalten, aus vorhandenem Stoff ein Weltbild zu formen das sich in die gegebenen Tatsachen einordnen läßt. Juliane Kay's Roman scheint sich auf so Formel bringen zu lassen: „Es sei wie es wolle, es ist doch so schön.“ Günther Birkenfelds Andreas, der Held der gleichnamigen Novelle, kommt wohl nicht zu diesem Ziel; doch er ahnt es in der Ferne als Verheißung. Paul Wegener las aus dem Werk zwei stark empfundene, lebendig gestaltete Kapitel. Im Anschluß daran sprach der fünfundzwanzigjährige Autor zwei Gedichte aus seinem schönen, in wundervoll musikalischer Sprache geformten Zyklus „Die Insel“, die bereits im Druck erschienen ist.

Hermann Rohmann, ein Jahr jünger als Birkenfeld, hatte in Friedrich Kayler seinen Ritter gefunden. Das Einleitungs-kapitel des Buches „Kas der Fisch“, das Kayler in lebendiger Dicht-

gestaltete, läßt nicht viel Zusammenhänge mit dem ganzen Werk erkennen und bleibt überhaupt beinahe dem Beweise schuldig, daß der Verfasser das ist, was man unter dem Wort „Schriftsteller“ versteht. Kann er einen Roman zusammenballen, kann er in logischer Verbindung Kapitel an Kapitel reihen? Nach dieser kurzen Probe ist das nicht zu beurteilen. Etwas anderes aber ist sicher: Hermann Rohmann ist ein Dichter von einer jugendlichen Kraft und Schärfe, die sehr selten ist. Er gibt von dem Meer, dem Seesenslement des Fischmännchen Kias nicht eine gut gesehene und stark empfundene Schilderung, er gibt das Erlebnis: Meer. Man ahnt eine elementare Verwandtschaft und begreift die Meerestölpelheit des Heiden. Ja, sie ergreift einen selber; man durchlebt sein glückvolles Rämpfen mit dem entfesselten, folgigen Element und versteht sein Heimatgefühl, wenn er sich von den Wogen till tragen läßt oder brüllend auf den sturmaufgewühlten reitet. Mit einem kühnen Griff baute sich Rohmann hier seine Welt auf und zwingt uns, verumwundet zu erkennen, daß sie viel echter und lebensvoller ist als unser traditioneller Weltbegriff.

Die Bekanntheit mit Hermann Rohmann war das Beste, was diese freigelegte Mittagsstunde spendete. Trude E. Schulz.

Ein Kreiskonzert veranstaltete der Reichsverband der Gemischten Chöre Deutschlands angehörende Kreis Osten in der Singakademie unter Leitung von Musikdirektor Märgersdorf. Der Zusammenschluß von kleinen Einzelchören zu einer Gesamtheit unter der einheitlichen Leitung eines namhaften Dirigenten, wie man es heute vielfach in Deutschland erstrebt, ist zweifellos nur zu begrüßen. Ist dieses Streben doch der Ausdruck des musikalischen Gemeinschaftsgeistes, dem der Männergesang, historisch gesehen, sein Werden verdankt. Die negative Seite eines solchen Zusammenschlusses darf allerdings nicht verschwiegen werden: in den meisten Fällen bleibt die feinere musikalische Durcharbeitung hinter der allgemeinen Klangwirkung zurück. Dies gilt auch für das Kreiskonzert. Die Beethoven-Chöre bergen weit mehr Ausdruck- und Schattierungsmöglichkeiten in sich, sie erfordern eine tiefere geistige und musikalische Durchdringung, eine wirkliche Gefangenschaft, auf die der Dirigent sicherlich intensiv hingearbeitet hat, die aber heute noch nicht erreicht ist. Am besten gelangen die Vollsänger des zweiten Teiles, die mit Frische und Temperament und geschmackvoll dargeboten wurden. Als Solist war der Cellistruose Armin Liebermann genannt worden, dessen solide Technik und schöne Tongebung Erwähnung verdienen. Am Flügel begleitete Elli Brandenburg aufmerksam und anknüpfend.

Dr. L. M.

Eine sehr wertvolle Revue. Mit einer Darstellerin, die das Duzend kaum überschreiten dürfte, ohne prunkvolle Ausstattung, ohne Aufwand an glänzenden Kostümen amüsiert die Privatrevue „Hetärengespräche von Lucian bis zur eleganten Welt“, für die Marcellus Schiffer die Texte und Friedrich Holländer die Musik schrieb, das Publikum im Renaissance-Theater aufs beste. Freilich wird dafür gefordert, daß das Werk immer neu, immer aktuell bleibt. Der Chanson des Amor von 1927 „Kann sein, wer weiß? Wer weiß, vielleicht! Vielleicht auch nicht.“ illustriert die Existenz der deutschen Republik und Wilhelm Rückkehr nach Hamburg nett und zeitgemäß mit seinem

Verräter!

Eine kommunistische Entz.

Die kommunistische Presse behauptet, daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Aufhäuser im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages eine Zustimmungserklärung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz abgegeben habe. Diese Mitteilung ist von U bis Z erlogen. In der Generaldebatte erster Sitzung im Ausschuß werden von den Fraktionen überhaupt keine Erklärungen abgegeben. Aufhäuser hat in einer Generaldebatte, über die wir berichtet haben, die denkbar schärfste Kritik an der Regierungsvorlage geübt und sie sowohl hinsichtlich der Organisation als auch der Aufbringung der Mittel und hinsichtlich der Leistungen als unannehmbar bezeichnet, um gleichzeitig namens der SPD. grundlegende neue Vorschläge zu machen. Dieser Vorstoß der sozialdemokratischen Fraktion hatte auch den Erfolg, daß der ganze erste Abschnitt über den Aufbau und die Organisation der Arbeitslosenversicherung überhaupt nicht weiter beraten, sondern an die Regierung zwecks Umgestaltung zurückverwiesen worden ist. Ebenso standen sich bei den weiteren Beratungen über den Kreis der Versicherten bisher die Auffassungen der bürgerlichen Parteien und der SPD. schroff gegenüber.

Im übrigen hat der Redner der SPD, Abgeordneter Adels, erklärt, seine Partei lehne den Entwurf grundsätzlich ab, sei aber bereit, Verbesserungsanträge zu stellen. Wenn es also Arbeitsverrat bedeutet, durch positive Mitarbeit einen schlechten Gesetzentwurf zu verbessern, so sind diesmal sogar die offiziellen Diener von Raasau nach ihrer eigenen Erklärung auch Verräter!

Es bleibt beim Abbau!

Die gewerblich benutzten Räume aus der Wohnungswirtschaft herausgenommen.

Der Wohnungsausschuß des Landtages beschäftigte sich Montagabend mit den Anträgen, die ihm bei der Beratung des Wohlfahrtssetzels zu der bekannten Verordnung über die Herausnahme gewerblich benutzter Räume aus der Zwangswirtschaft überwiesen waren. Darunter befindet sich auch der sozialdemokratische Antrag, der völlige Aufhebung der Verordnung verlangt und für den Fall der Ablehnung das Inkrafttreten derselben auf den 1. April 1928 verschoben will. Der Wohlfahrtsminister Hirtzfelder verteidigte seine Verordnung damit, daß die Zahl der an ihn gelangten Beschwerden von über 700 wegen ungerichteter Mietssteigerung nicht in Betracht käme gegenüber den Hunderttausenden von Mietverhältnissen gewerblicher Räume über Preußen. Sämtliche Regierungspräsidenten hätten sich auf Anfrage für die Aufrechterhaltung der Verordnung ausgesprochen.

Nach lebhafter Debatte, an der sich die Vertreter sämtlicher Fraktionen beteiligten, wurde der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Verordnung von allen bürgerlichen Abgeordneten abgelehnt. Dafür stimmten nur Sozialdemokraten und Kommunisten. Ebenso abgelehnt wurden sämtliche Milderungsanträge. Die Deutschnationalen und die Volksparteier stimmten dabei sogar ihre eigenen, vom Plenum dem Ausschuß überwiesenen Abänderungs- und Milderungsanträge nieder, ein für weitere Kreise heilsamer Beitrag zum Kapitel „Rechtsparteiliche Konsequenz“.

Angenommen wurde lediglich der sozialdemokratische Antrag, die Kellers der bildenden Künstler aus der Verordnung herauszunehmen.

Republikanischer Studententag.

Vom 26. bis 29. Mai wird in Heidelberg ein vom Kartell Republikanischer Studenten Deutschlands und Österreichs einberufenen Studententag stattfinden, der alle reichs- und auslandsdeutschen republikanischen Studentenorganisationen ihre Vertreter entsenden werden. Gleichzeitig finden die Reichstagskongresse der dem Kartell angeschlossenen studentischen Verbände der deutschen Zentrumspartei, der DDP, der SPD, sowie der freien republikanischen Bünde statt. Kamfaste Politiker und Wissenschaftler haben bereits ihre Mitwirkung zugesagt.

Refrain. Ueberhaupt kommen unsere Song-, Halb- und Viertelpolitiker in dieser Reuse auf ihre Rechnung. Vater Kitz, der geistige Urheber des ganzen Werkes, mag sich für die Szene im Venusberg interessieren, die das Lied bringt: „Ach du Schindl! Du bist schuldig! — Er, wie reizend, wer macht mit?“ Oder vielleicht gibt ihm der zersetzte Charleston zu denken, der diesen Refrain ins Beilische (das ist nicht schäfflich) überlegt bringt. Die Stefa Kraljewa hat einen Tanz mit soltem, tekem Beinschmäh janzuriert ins dudmäuerliche Bajsko überträgt, ist ein Kabinettstück paradiesischer Tanzkunst, das denn auch von dem begeisterten Publikum teils dieselbst, teils außerdem (ei, wie reizend, wer macht mit?) jubelnd gewürdigt wurde.

„Der moderne Flugverkehr“ heißt ein Vortragssystem, den die Urania in einem Prospekt ausführlich ankündigt. Der Direktor der Urania, Prof. Franz Goertel, sprach als Einführung in den Stoff denn auch von der Schönheit des Fliegens und von der Wichtigkeit, den Flugverkehr zu fördern, weil die Verminderung der Entfernung der einzelnen Völker voneinander zum gegenseitigen Verständnis und damit zur politischen Entspannung führen würde. Ein Prospekt, der am Eingang zum Vortragssaal vom angestellten Dienern der Urania verteilt wurde, ist sehr reichlich einen anderen Ton an. Da wird eine „höflich empfohlene“ „Einführung in die Luftfahrt“ angekündigt, in einer recht vertrauten Sprache, die eindringlich von den „Feinden“ Deutschlands und von feindlichen Erbsen, von Angst und Neid und Haß und Eiferlucht Deiner Feinde auf Dich, Du Deutsches Volk, redet. Mit solchen weiten, klaren, volkstümlichen Hinweisen ist der Prospekt seitenslang bedruckt, natürlich nur aus dem deutlich ersichtlichen Grunde, für die sehr populären Aufsehen der Luftfahrt Interessenten zu werben. Es sei anerkannt, daß der Flugleiter der Deutschen Ostasien-Expedition, von Winterfeld, sachlich und technisch ausführlich sprach. Wäre man nicht durch den unsinnigen Prospekt verärgert gewesen, so hätte man den Vortrag und vor allem die im Lichtbild gezeigten Flugaufnahmen, die allerdings durch ihre viel zu große Zahl ermüdend wirkten, besser würdigen können. So aber sah freudlos im Unterbewußtsein der Bekante fest: Fehler, wo ist Dein Fehler? Jammers, wo ist Dein Sieg?

Christian Landenberger, Lehrer an der Staatshochschule Akademie der bildenden Künste, ist im Alter von 64 Jahren an den Folgen einer Sauerstoffvergiftung gestorben. Prof. Landenberger ist 1902 in Göttingen in Württemberg geboren. Von 1897-1905 war er in München tätig und wurde dann als Lehrer an die Staatshochschule Akademie berufen, an der er bis zu seinem Tode am 18. März 1928 war. Die Komödie „Die Premiere der Nachvorstellung „Kasch ein Kind“ ist am 18. verflohen. „Das Unheil“ ist die Komödie, die am 16. abends 8 Uhr im Lindenthal-Schauspielhaus aufgeführt wurde. Im Sturm, Feldbühnenstraße 134a, langt am 16. abends 8 1/2 Uhr, Thea von U bis mit Begleitung der Pianistin Ellen Epstein moderne und alte Musik. Cosmo Bando, der bedeutendste italienische Pianist, ist plötzlich in einer Herz-Kreislagenkrankheit in Rom gestorben. Der russische Scheriker Juchowitsch ist in Paris gestorben. Es wurde 1870 in Odessa geboren. Von seinen zahlreichen Werken sind mehrere, wie z. B. „Von Dost“ und „Opferte“, auch ins Deutsche übersetzt worden.

Britische Truppen in Schanghai.

Verhandlungsabbruch? — Zuspitzung der Lage.

London, 14. Februar. (W.B.) Reuter meldet: Außenminister der Kantonregierung und der britische Unterhändler O'Malley haben bisher ein Übereinkommen nicht unterzeichnet. Die Verhandlungen zwischen Kanton und der britischen Regierung scheinen vollständig abgebrochen worden zu sein.

Dieser Verhandlungsabbruch ist durchaus nicht unwahrscheinlich, da die britische Regierung sich entschlossen hat, ihre Truppen nach Schanghai zu schicken. Der weiteren Entwicklung muß man besorgig entgegensehen.

Chinesisch-englische Reibungen an der Grenze von Hongkong.

Hongkong, 14. Februar. (W.B.) Der Gouverneur von Hongkong hat bei der Kantonregierung dagegen Beschwerde eingelegt, daß in Schanghai an der Grenze des britischen Gebiets von Hongkong durch chinesische Soldaten verübt wird, aus den Bauern eine Armee zu bilden. Die Bauern sind darüber in Erregung. Der Gouverneur hat als Beruhigungsmäßnahme angeordnet, daß englische Truppenabteilungen in regelmäßigen Abständen die Grenze begehen.

Neuer britischer Zollverwalter.

Peking, 14. Februar. (W.B.) Der neue Generalsinspektor der Seezollverwaltung, Edwards, der nach der Entlassung Sir Francis Aglens durch die Peking Zentralregierung ernannt wurde, hat das Amt von seinem Vorgänger als Stellvertretender Generalsinspektor übernommen.

Die englisch-russischen Beziehungen.

Trommelfeuer von Anfragen im Unterhause.

London, 14. Februar. (W.B.) Im Unterhause wurden heute an die Regierung eine ganze Reihe von Anfragen über die englisch-russischen Beziehungen gestellt, aus denen die bei den Konservativen herrschende Stimmung deutlich hervorging. Baldwin erklärte, er sei durchaus bereit, Gelegenheit für eine Debatte über dieses Thema zu geben, könne aber im Augenblick noch keinen Zeitpunkt nennen. Der Unterstaatssekretär des Äußeren, Corder-Lampson, verneinte eine Anfrage, ob irgendwelche Mit-

teilungen zwischen Rußland und dem Foreign Office über die chinesische Frage ausgetauscht worden seien und sagte, in dem Verhältnis zwischen England und Rußland sei seit den letzten Erörterungen im Unterhause keine Änderung eingetreten. Die Regierung schenke ihm nach wie vor Aufmerksamkeit. Ein Konservativer fragte, ob die Regierung sich darüber klar sei, welche Gefühle in England in dieser Angelegenheit herrschten. Der Unterstaatssekretär erwiderte, aus diesem Grunde habe er gesagt, daß die Regierung diesem Verhältnis Aufmerksamkeit schenke.

Auf die Anregung, ein Weißbuch mit Material über Verstöße der Sowjetbehörden gegen das englisch-russische Handelsabkommen zu veröffentlichen, erwiderte Corder-Lampson: Die veröffentlichten Reden von Sowjetführern und die Artikel in der offiziellen Sowjetpresse bringen genügend Beweismaterial für feindselige Propaganda gegen England. Es ist nicht notwendig, weiteres Material zu veröffentlichen. In Besprechungen mit dem Londoner Sowjetbotschafter haben wir oft genug Gelegenheit gehabt zu klagen. (Beifall bei den Konservativen.)

Claques wies unter Beifall der Arbeiterpartei auf feindselige Propaganda gegen Sowjetrußland, die in England veröffentlicht werde, hin. Nach weiteren Anfragen, darunter eines Konservativen, der sich erkundigte, ob der Sowjetregierung mitgeteilt worden sei, wann die britische Regierung am Ende ihrer Geduld angelangt sein werde, machte der Präsident der Erörterung ein Ende.

Baldwin sagte in Erwiderung auf eine Anfrage, es sei zu früh, um eine Erklärung über die amerikanischen Vorschläge betreffend eine Marineabrüstungskonferenz abzugeben. Die Regierung erwäge sie ernstlich. Ein Mitglied der Arbeiterpartei fragte, ob Baldwin eine Einschränkung der Kreuzer-Neubauten im diesjährigen Etat erwägen wolle. Baldwin erwiderte, die Frage werde geprüft. Ein Liberaler fragte, ob es nicht besser wäre, sofort und herzlich die Anregung anzunehmen, statt mit der Antwort zu zögern. Baldwin wies darauf hin, daß die amerikanische Mitteilung erst am Donnerstagabend eingegangen sei und daß die Sache reifliche Erwägung erfordere.

Halbkommunistische Gebilde.

Kongresse und Aufrufe.

In Brüssel tagte jüngst ein „Kongreß gegen koloniale Unterdrückung“, einberufen von einer Liga gleichen Namens. Unter den Teilnehmern befanden sich manche bekannte Persönlichkeiten der Politik und vor allem der Literatur, deren Idealismus von niemandem bezweifelt wird. Diese durchaus ehrenwerten Männer stehen aber den politischen Wirklichkeiten vielfach so fremd gegenüber, daß sie anscheinend gar nicht erkennen, wer die Drahtzieher dieses Kongresses waren und welche Zwecke damit verfolgt wurden. Die „Liga gegen koloniale Unterdrückung“ wird als ein halbkommunistisches Gebilde schon dadurch gekennzeichnet, daß Herr Willy Münzenberg, kommunistischer Reichstagsabgeordneter und Leiter der kommunistischen „Roten Hilfe“, in ihrem Vorstand sitzt. Daraus ergibt sich auch, daß der Brüsseler Kongreß eine Veranstaltung im Interesse Moskaus, das heißt im Interesse der sowjet-russischen Staatspolitik ist. Man muß aber ganz entschieden betonen, daß die Politik Sowjet-Rußlands mit den Interessen der unterdrückten Kolonialländer identisch ist. Gewiß: dort, wo die Interessen des russischen Imperialismus mit denen des englischen Imperialismus kollidieren, vor allem in Äthiopien, erfreuen sich die nach Belieben ringenden Völker der Unterstützung Sowjet-Rußlands, weil sie dort eben Mittel zum Zweck des Bolschewismus sind. Daß Moskau aber auch anders kann, das beweist das Schicksal der durch den sowjet-russischen Imperialismus unterjochten Völker im Kaukasus. Der Rame Georgien genügt, um die Zweipoligkeit des Bolschewismus auch auf diesem Gebiete aufzuzeigen. Schon aus diesem Grunde hegen wir gegenüber einem Kongreß das stärkste Mißtrauen, das wir gegen solche Unterdrückungen Stellung nimmt, deren Bekämpfung Sowjet-Rußland in den Kram paßt, während andere Unterdrückungen durch Sowjet-Rußland einfach ignoriert werden.

Aus ähnlichen Gründen stehen wir einer jüngst ins Leben getretenen „Liga zum Studium des Faschismus“ mißtraulich gegenüber, deren kürzlich erschienener Aufruf auch die Unterschriften vieler idealistisch gesinnter Politiker und Schriftsteller trägt, auch solcher, die der Sozialdemokratie angehören oder nahehesten. Daneben findet man aber, neben dem auch im Vorstand dieser „Liga“ stehenden unvermeidlichen Herrn Münzenberg, die Namen etlicher kommunistischer Abgeordneten.

Der „Vorwärts“ ist in ganz Europa — und nicht zuletzt in italienischen Regierungskreisen — dafür bekannt, daß er den Kampf gegen den Faschismus so rücksichts- und vorbehaltlos führt, wie kaum ein anderes Blatt in der Welt. Das wird er auch fernerhin tun, und mit ihm die ganze deutsche, die gesamte internationale Sozialdemokratie. In der Verteidigung der Opfer des Faschismus haben wir bisher keinen Unterschied zwischen Sozialisten und Kommunisten, zwischen Katholiken und Freimaurern, zwischen Südtirolern und Slowenen gemacht. Das wird auch weiter der Fall sein. Aber wir müssen es ablehnen, den Kampf gegen den Faschismus gemeinsam mit Kommunisten zu führen, weil wir dadurch zwangsläufig den Faschisten eine günstige taktische Position verschaffen würden.

Im Namen welcher Prinzipien wollen denn die Kommunisten den Faschismus brandmarken? Im Namen der Demokratie, die von Faschisten und Bolschewisten gleichermaßen mißbraucht werden? Im Namen der Arbeitslosigkeit? Des freien Versammlungsrechts? Des Koalitionsrechts? Oder auch nur der Menschlichkeit gegenüber politischen Gegnern?

Es gibt einfach kein Gebiet der faschistischen Schande, bei dem sich Rußland nicht auf das sowjet-russische Vorbild berufen kann — und er hat es schon oft genug getan. Dabei können die Kommunisten nicht einmal behaupten, daß der Unterschied darin liegt, daß der Faschismus die Diktatur der Bourgeoisie gegen das Proletariat sei, während der Bolschewismus die Diktatur des Proletariats gegen die Bourgeoisie darstelle. In den faschistischen Verbannungshöhlen der Lipari-Inseln usw. schmachten nicht nur Sozialisten und Kommunisten, sondern auch demokratisch-bürgerliche Führer der Opposition — nach den Bolschewist-Inseln werden nur Führer der Arbeiterschaft — Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre — verschickt.

Diese Beispiele genügen wohl, um unsere grundsätzliche Ablehnung einer „Einheitsfront“ mit den Kommunisten auch auf diesem Gebiete zu rechtfertigen. Idealtüchtige, aber wirkungslos.

fremde Literaten mögen das nicht einsehen — die politisch geschulte Arbeiterschaft, die hinter der Sozialdemokratie steht, wird mühelos erkennen, daß dieser ablehnende Standpunkt notwendig ist, gerade im Interesse des Erfolges unseres Kampfes gegen die internationale Reaktion.

Los vom Landbund!

Auch in Posen machen sich die Bauern selbständig.

In Lauterbach in Oberhessen hielt in einer von vielen Orten Oberhessens beschickten Bauernversammlung der Führer des schließlichen Bauernbundes einen längeren Vortrag, in dem er namentlich den fundamentalen Interessengegensatz in der Landwirtschaft zwischen dem Großgrundbesitz und der Bauernschaft an sich hervorhob. Nach dem Referat wurde die Gründung des Verbandes hessischer Bauernschaft beschlossen.

Faschistenfiliale Litauen.

Verfolgung der Arbeiterbewegung.

Riga, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die litauische Vertrauensmännerregierung hat in den letzten Tagen 30 sozialdemokratische Vertrauensmänner verhaften und in ein Konzentrationslager bringen lassen. Auch die Gewerkschaften sind in ihrer Aktionsfreiheit stark behindert; die ganze Gewerkschaftspresse ist verboten. Die sozialdemokratische Fraktion des Sejm hat eine energische Protestaktion eingeleitet, ohne daß jedoch bisher ein Erfolg zu verzeichnen wäre.

Preußen und die Memel-Ausweisungen.

Auf eine Anfang Januar im Preussischen Landtag eingebrachte Anfrage über die Ausweisung deutscher Redakteure aus dem Memelgebiet hat der preussische Innenminister geantwortet, daß die litauische Regierung zugefagt hat, den Redakteuren bis auf weiteres Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen. „Wenn somit“, so heißt es in der Antwort, „eine endgültige Regelung auch noch aussteht, dürfte doch mit einer befriedigenden Lösung der Angelegenheit zu rechnen sein“. Auf die Anfrage, was die preussische Regierung zu tun gedanke, um dem Memelabkommern Geltung zu verschaffen, wird geantwortet: „Deutschland ist nicht Mitunterzeichner der Memelkonvention. Durch Artikel 17 dieser Konvention ist es indessen auch Deutschland möglich, als Mitglied des Völkerbundes die Aufmerksamkeit des Rates auf Beziehungen der Memelkonvention zu lenken. Es ist jedoch zu hoffen, daß die litauische Regierung auch ohne ein solches Vorgehen sich berechtigten memelländischen Beschwerden über Nicht-einhaltung der Konvention nicht dauernd verschließen wird.“

Empörung auf Sardinien.

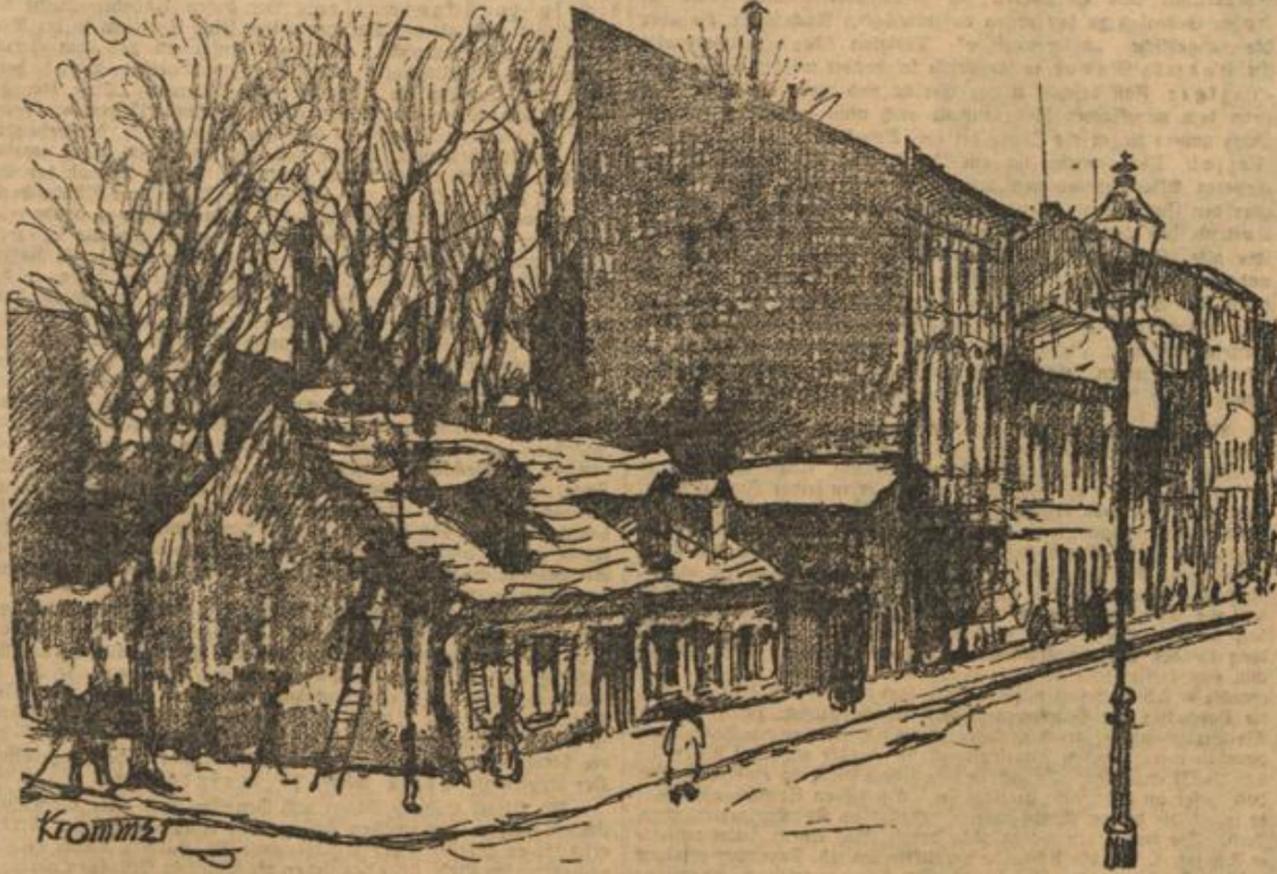
Abg. Lussu aus dem Gefängnis befreit.

Von der italienischen Grenze wird uns berichtet: Aus Sardinien eingetroffene Reisende berichten über schwere Zwischenfälle auf der Insel. In Cagliari rotteten sich zahlreiche Einwohner, ehemalige Kriegsteilnehmer, schwer bewaffnet zusammen. Veranfaßten stürmische Kundgebungen mit heftigen Schreierien vor der Präfektur und griffen dann das Gefängnis an, dessen Eingänge sie erzwangen und aus dem sie den Abgeordneten Lussu befreiten. Bekanntlich befand sich Lussu, der Führer der sardinischen Partei, in Haft, weil er einen Faschisten erschossen hat, der in der Zeit kurz nach dem vergeblichen Attentat von Solagna verhaftet hatte, über den Balkon in die Wohnung Lussus einzudringen. Lussu hat sich mit seinem Gefolge ins Gebirge begeben, wo er bewaffnete Banden gebildet hat. Sie aufzustören Müßig und Karabinieri sich vergeblich bemühen.

Faschistisches Kriegsgeschehen gegen Frankreich.

Am 7. und 12. Februar veranstalteten in Mailand faschistische Studenten lärmende Kundgebungen, bei denen sie wiederholt in die Rufe einstimmten: „Es lebe der Krieg! Wir wollen Rizza, Corfika und Savagen!“

Vergangenheit neben Gegenwart.



Krommelt

Ganz in der Nähe der Städtischen Oper in Charlottenburg, an der Ecke der Wall- und Spreestraße, liegt ein langgestrecktes, ebenerdiges Stiebelhäuschen, das sich in der vornehm gewordenen Umgebung armelig im Boden zu verfrachten scheint. Große, von grünen Läden flankierte Fenster, deren Sims nur ein paar Hände breit über dem Bürgersteig liegt, eine niedrige, braune Tür, durch die man direkt in die Stube tritt, zwei aus dem unregelmäßigen Dachgiebel vorspringende Manjardfenster und ein paar mächtige Schornsteine mit altertümlichen Aufsätzen, deuten auf eine bäuerliche Vergangenheit, auf jenes Dorf Bügow oder Bügum, das 400 Jahre lang ein selbständiges Gemeinwesen, erst 1720 zu Charlottenburg geschlagen wurde, und das noch in einigen Bezeichnungen, wie „Am Bügum“ und „Niesensee“ weiterlebt. Die zum Häuschen gehörigen Wirtschaftsgebäude lehnen heute eng zusammengepreßt an der hohen, kahlen Seitenwand des Nachbarhauses. Durch ein breites Holztor konnte man von der Straße her in den mit Stiegen gepflasterten Hof einfahren. Alles ist noch vorhanden: Ein enger, dunkler Stall mit Ringen zum Anketten des Viehes, ein Vorräum, der wahrscheinlich als Futterkude diente und auf dessen Außenwand ein rätselhaftes Freskobild, darstellend eine Landschaft mit Strähen, Toppeln und Häuschen, zu sehen ist, Hochwert mit geschnittenen Balkenköpfen, endlich ein Laubenschlag. Eine hohe Mauer läuft hinter dem Häuschen lang und endet als stämmiger Pfeiler in der Front der Spreestraße. Seit 50 Jahren befindet sich in den ehemaligen Stallungen eine „Spezial-Heringshandlung“. Große Fässer mit Herings in allen Größen füllen die Winkel des Hofes; das bescheidene Geschäft muß in der Umgebung einen gut eingepörrten Ruf haben, denn selten ist der düstere Verkaufsräum ohne Kunden. Ueber eine ausgeleitete Türschwelle gelangt man ohne Uebergang in die gute Stube. Häßliche Flecken an der Wand verraten die in dem alten Gemäuer stehende Feuchtigkeit. Von der Dede ist hier und da der Belag

abgefallen und läßt das Rohrgeflecht sehen. In der dunklen Küche Kocht Großmutter, während die Tochter den Verkauf der Heringe besorgt. Beide fühlen sich in den alten Räumen wohl, die sie vom Magistrat gepachtet haben. In der letzten Stube, die erst kürzlich vom Maurer restauriert wurde, steht nichts als eine große Wäsche-mangel, die den Befannten zum Rollen der Wäsche zur Verfügung steht. Auf einer Hühnerleiter geht es zu den Manjardzimmern, die nur für Personen von keinem Wuchs geschaffen zu sein scheinen. Sie stehen leer, denn die altersschwache Dede würde eine Belastung von oben nicht mehr aushalten. Mit einer Art mitleidiger Bewunderung verläßt man den kleinen Bau, der mit seinen mindestens 150 Jahren die Entwicklung Charlottenburgs vom Dorf zur Großstadt mitemachte und nun zwischen den hochaufgeschossenen Mietkasernen so verloren dasteht.

Berliner „Sittlichkeitstag“.

Es geht wieder aufwärts! Die verwahrlosten Berliner erhalten ihren „Sittlichkeitstag“. Es ist schon ein kurioses Unternehmen, das da die evangelischen Frauenbünde und der Verband der Religionslehrerinnen planen. Für den März propagiert das liberale Gewissen allgemeine Sittlichkeit, in zwanzig öffentlichen Kundgebungen wollen die vereinigten Seelenretter das verlorrene Publikum ins rethorische Fegfeuer nehmen. Wenn man es so hört, könnte es leichtlich scheinen. Die Sanierung der Seelen ist ja schließlich kein Spezialproblem der Gebühretel, sondern eins der praktischen sozialen Tat. Da aber liegt der Hund begraben, ehe er zu bellan beginnt! Gegen was schmettern die evangelischen Frauenbündlerinnen ihre Reuefahnen? Wehren sie sich mit ganzer Kraft gegen die schauerhaften Wohnungsverhältnisse in Berlin N. und D., protestieren sie im Namen der „gefährdeten Sittlichkeit“

gegen das Elend der Arbeitermietkasernen, in denen das arbeitende Volk menschenunwürdig haust, wo Krankheit und Laster umgehen müssen, wenn die Faust der Satten und Gerechten vier Personen zwingt, in einem Bette zu nächtigen? Wollen die Frauenbünde ihre mahnende Stimme erheben und Kampf ansagen den nichtswürdigen Praktiken einer sozialen, auf Höchstprofit spekulierenden Unternehmerschaft, die es mit Mißachtung des Achtstundentages bewirkt hat, daß zwei Millionen Volksgenossen das elementare Menschenrecht auf Arbeit und Brot verwehrt wird? Werden die Protestanten vom 7. März die mörderische Kriegsbeize der Revandevochreier, im Namen der Mütter, die zu Witwen, der Kinder, die zu Waisen wurden, anständig verurteilen? Nichts werden sie, das Programm der rührigen Damen ist schon fix und fertig. Die „Tägliche Rundschau“ weiß Bescheid. Gegen das Kino wird es gehen, gegen Subitop, verkürzte Räder und gegen den Alkohol, wobei sie nicht vergessen werden, für vermehrte Kinderzukunft zu Ehren Seiner kommenden Majestät kräftig Reklame zu schlagen: „Die Berechnung der halben Million Kinder, denen in einem Jahre in Deutschland der Eintritt in die Welt nicht gewährt wurde, ist nicht entkräftet.“ Wie sie ernährt werden, stört die Guten nicht. Auch die Lösung des sozialen Problems haben sie schon fix bei der Hand: „den heilsamen Heiland“. Nicht den sozialen Revolutionär von Nazareth, den sie feinerzeit ans Kreuz geschlagen haben. Einen ganz anderen haben sie sich zurechtgeschmiedet. Und den werden sie am 7. März vorbeistellern lassen: Zur Verdummung des gedundenen Volkes.

Der städtische Etat.

Der Berliner Magistrat beschäftigte sich in einer Reihe von Sitzungen eingehend mit der Vorbereitung des diesjährigen Etats, der möglichst noch im Laufe dieses Monats der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet werden soll. Aus den internen Beratungen sind von verschiedenen Zeitungen ziffermäßige Angaben gebracht worden, die zu falschen Vorstellungen über die Lage des Etats führen müssen.

Es ist richtig, daß in diesem Jahre der Ausgleich des Etats außerordentlich schwierig werden wird. Unter dem Druck des für die Gemeinden außerordentlich ungunstigen Finanzausgleichs hat sich auch die Finanzlage Berlins immer mehr verschlechtert. Die schwere Wirtschaftskrise bringt außerdem eine starke Anspannung der Ausgaben und erhebliche Ausfälle an Einnahmen aus Steuern. Es bestehen infolgedessen die größten Schwierigkeiten im Etat, die einmaligen Ausgaben namentlich für die Bauaufgaben der Stadt so einzusehen, wie es im Interesse der Bevölkerung unbedingt erwartet werden muß. Vollkommen ungewiß ist im Reichstag noch das Schicksal des neuen Finanzausgleichs. Hier können ganz erhebliche Ausfälle entstehen, wenn nach der Absicht der Rechtsparteien die Beitragssteuern wegfallen, die der Stadt alljährlich Einnahmen von 15 Millionen Mark bringen, und wenn das Reich darauf besteht, daß die Garantie für die Umjahsteuer in Fortfall kommt. Aus all diesen Gründen lassen sich die endgültigen Ziffern des Etats noch nicht übersehen. Das aber steht schon fest, daß ein Gleichgewicht auf der Grundlage der bisherigen kommunalen Steuern und Tarife nur erreicht werden kann, wenn der Magistrat dabei bleibt, auf Ausgaben zu verzichten, die zu stark ins Gewicht fallen.

Die Beratungen des Magistrats sind allerdings noch keineswegs abgeschlossen. Sie werden sich mindestens noch bis in die nächste Woche hinziehen und erst dann wird man übersehen können, wie der Berliner Etat nach den Magistratsvorschlüssen aussehen soll. Die Zahlen, die in der Presse zum Teil genannt werden, sind jedenfalls vollkommen irreführend. Es handelt sich dabei fast immer nur um Augenblicksbilder aus dem Wechsel des ganzen der Etatsberatung, die bekanntlich nicht in einer Sitzung zum Abschluß gebracht wird. Daß die Finanzlage der Stadt außerordentlich angespannt ist, weiß man im übrigen allgemein. Der Etat wird nur ein deutlicher neuer Beweis dafür sein, daß die Gemeinden unter dem bisher beliebten Kurs der Reichsfinanzen, die ihnen obliegenden Ausgaben nicht bewältigen können.

Die Stadtverordnetenversammlung hat ihre nächste Sitzung am Donnerstag um 15 Uhr. In dieser Sitzung wird auch die am vorigen Donnerstag vertagte Abstimmung über die Berliner Hauswirtschaft nachgeholt. Zu dem vom Ausschuss vorgeschlagenen Beschluß sind noch sieben Anträge gestellt worden, über die entschieden werden muß.

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zaunay, Wien

Am nächsten Morgen, als es noch im ganzen Hause still war, weckte mich die Mutter, indem sie mir über die Stirne strich: „Jacques!“
 „Ja, Mama.“
 „Hast du ihn gesehen?“
 „Jawohl.“
 „Hat er geschlafen?“
 „Ja.“
 „Wo?“
 „Auf dem Teppich eures Schlafzimmers.“
 Sie sah starr vor sich hin und murmelte ganz leise: „Das ist fürchterlich, fürchterlich.“
 „Ich bitte dich, Jacques, steh' auf, bereite ihm eine Tasse Kaffee und sag ihm, daß ich ihn beschwöre, das Haus zu verlassen, bevor die Dienstleute aufstehen. Geh' rasch, mein gutes Kind.“
 Ich sprang aus dem Bett, schlüpfte in meine Hose, zog Pantoffeln an und bereitete ihm in der Küche eine Tasse Kaffee auf dem Spirituskocher. Er schlief noch immer so ruhig wie bei Nacht. Ich berührte seinen Arm, er öffnete die Augen und erkannte mich.
 „Was willst du?“
 „Mama bittet dich, den Kaffee zu trinken und das Haus zu verlassen, bevor die Dienstleute aufstehen.“
 Er lachte eigentümlich.
 „Die Dienstleute, die immer alles wissen und immer so tun müssen, als müßten sie nichts.“
 Ich reichte ihm den Kaffee, er trank ihn langsam, den Ellenbogen auf den Fußboden stützend.
 „Du hast den Kaffee wohl selbst bereitet, nun, sehr herrlich ist er gerade nicht.“
 Er stand auf und preßte mich ganz verzweifelt an die Brust.
 „Mein armer Kleiner, oft bin ich sehr ungerecht gegen dich gewesen, aber ich hab' dich ja so lieb, mehr als du glaubst; gib der Mama und Alice auch für mich einen Kuß.“
 Er suchte seinen Hut und fand ihn endlich.
 „Ja richtig, kannst du mir dreißig Centimes borgen,

damit ich mit der Tramway fahren kann? Ich habe keinen Sou in der Tasche.“

Meine Börse befand sich gerade in der Hosentasche. Sie enthielt vierundzwanzig Sous, die ich mir heimlich zusammengesparrt hatte. Ich steckte ihm das Geld in die Hand, er schob es in seine Westentasche und sagte gleichmütig: „Nächste Woche schick' ich es dir zurück.“

Er umarmte mich nochmals, ließ ein leises Schluchzen vernehmen, das mich rühren sollte, und entfernte sich.

Das Brot der Barmherzigkeit.

Jetzt will ich das gemeinsame Leben mit der Großmutter beschreiben.

Im Augenblick, wo ich mich an diese Arbeit mache, ergreift mich ein solcher Ekel, daß ich kaum die Kraft habe, fest zu sein. Aber trotz alledem muß ich diesen Schmutz noch einmal auf-rühren, denn von da an zeigten sich bei mir die Erscheinungen körperlicher und moralischer Erschöpfung, die in meinem weiteren Leben nicht mehr ganz verschwinden sollten. Wenn ich das Tagebuch meiner Kindheit wieder lese, so muß ich immer von neuem feststellen, daß die Luft, in der ich lebte, erstickend und verdorben war. Ich litt fürchterlich und mein Herz wurde bitter. Alles, was geschah, war unnatürlich vergrößert und der belangloseste Vorfall nahm ungeheure Dimensionen an.

Wie ich schon erzählt habe, waren Mutter und Großmutter verfeindet und verkehrten miteinander wie Feinde. Selbstverständlich stand ich vollkommen auf Seite meiner Mutter und war über die Szenen, die ihr die Großmutter machte, empört. Wir hielten nun schon so weit, sie für unser ganzes Unglück verantwortlich zu machen und den Vater freizusprechen, den wir im Heiligenschein des Märtyrers und des vom Unglück Verfolgten sahen.

In dieser Atmosphäre von Haß, Angst und Zwietracht kam mein kleiner Bruder zur Welt.

Eines Tages, es war drei Tage nach der Geburt des Kindes, weckte mich meine Großmutter blaß und zitternd. „Reide dich rasch an und lauf zum Arzt. Der Mutter geht es sehr schlecht.“

Ich stürzte zum Arzt. Er machte meiner Mutter eine Morphiumeinspritzung und versprach, am nächsten Morgen wiederzukommen. Während ihn die Großmutter hinausbegleitete, ließ ich ins Zimmer.

„Mama, hast du sehr starke Schmerzen?“

„Nein, jetzt ist mir besser, hör' gut zu.“ Sie machte mir ein Zeichen, ganz nahe zum Bett zu treten, ihre Stimme war schwach wie ein Hauch, ich mußte mein Ohr beinahe auf ihren Mund legen. „... mein Magen ist wie von Feuer verzehrt ... man hat mich vergiften wollen ... bleib hier ... laß mich nicht allein, sie will mich unbringen ...“

Ihre Augen blickten irr, ich war zu Tode erschrocken: Ich küßte sie auf die Stirn und versprach ihr, sie nicht eine Minute allein zu lassen, bevor sie nicht ganz gesund wäre.

Das Kind, das neben ihr lag, begann zu weinen, ich nahm es in meine Arme, um es zu beruhigen.

Da kam die Großmutter herein. Als sie mich sah, blieb sie betroffen auf der Schwelle stehen.

„Was machst du hier? Geh fort, man braucht dich nicht.“

„Laß' ihn hier,“ sagte meine Mutter ganz leise, „du bist müde, ruh' dich ein wenig aus.“

„Das Mädchen wird hier wachen.“

„Nein, ich will, daß Jacques bei mir bleibt.“

„Aber das ist ja lächerlich, er ist noch ein Kind, in deinem Zustand.“

„Laß' mir die Freude, du siehst ja, daß ich sterbe ...“

„Sie will sie vergiften, wenn ich nicht mehr im Zimmer bin.“

So dachte ich, aber laut sagte ich zur Großmutter: „Großmama, bitte, laß' mich hier; du bist müde, glaub' mir, ich werde die Mama sehr gut pflegen.“

Das septe ich in ironischem Ton hinzu, der ihr sicherlich sehr merkwürdig erscheinen mußte.

„Ist sie ja beide verrückt, ganz verrückt,“ aber sie ging aus dem Zimmer. Das Kind hatte zu weinen angefangen, ich legte es neben meine Mutter, die bald einschlief. Dann streckte ich mich auf dem Divan aus und nahm mir fest vor, die ganze Nacht kein Auge zu schließen. Ich war überzeugt, daß meine Großmutter leise hereinschleichen und ein geheimnisvolles Pulver der Mutter ins Glas schütten würde. Der Morgen kam, ohne daß sich irgendetwas ereignet hätte. Meine Mutter schlief, ich blieb im Zimmer bis der Arzt kam, der die Kranke lange untersuchte und dann ohne ein Wort zu sprechen fortging. Im Hinausgehen bemerkte er mich und blickte mich verwundert an.

„Was machst denn du hier?“

Meine Großmutter antwortete: „Er will seine Mutter nicht verlassen, es ist ja lächerlich, er spielt den Krankenwärter.“

(Fortsetzung folgt.)

Autobus und Straßenbahn.

Ein Fahrgast beim Zusammenstoß getötet.

Zu einem folgenschweren Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 92 und einem Autobus der Linie 12 kam es gestern nachmittag gegen 4 1/2 Uhr in der Anhaltstraße. Ein Fahrgast wurde getötet, ein weiterer schwer verletzt.

Vor dem Hause Anhaltstraße 14 mußte der Führer des Autobusses die Geschwindigkeit wegen eines Verkehrsbehindernisses stark vermindern. Dichtauf folgte ein Straßenbahnwagen der Linie 92. Mit voller Wucht prallte der Lebewagen auf die hintere Plattform des Autobusses, die ganz eingedrückt wurde. Die Fenster Scheiben wurden zertrümmert; der zahlreichen Fahrgäste bemächtigte sich eine begreifliche Panik. Während der Schöfferin glücklicherweise unverletzt blieb, wurden zwei auf der zertrümmerten Plattform liegende Fahrgäste lebensgefährlich verletzt. Der 26jährige Kaufmann Otto Rande aus der Elisabethstraße 21 trug einen doppelten Schädelbruch davon. Ein 33jähriger Vertreter Hermann Bod aus Poggendorf, Kreis Wiesbaden, der Geschäfte halber in Berlin weilte, zog sich schwere Rücken- und Armerkrankungen sowie einen Herzensschmerz zu. Die übrigen Fahrgäste kamen mit dem Schrecken bzw. mit ganz geringfügigen Verletzungen davon. Die Feuerwehr schaffte die beiden Schwerverletzten in das nahegelegene Elisabeth-Krankenhaus. Bei Rande war trotz einer sofort vorgenommenen Operation ärztliche Hilfe bereits vergebens. Er starb gegen 4 Uhr an den Folgen der schweren Verletzungen. Bod ist außer Lebensgefahr. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung. — Durch den Unglücksfall trat eine längere empfindliche Verkehrsstörung ein.

Der Mädchenmord in Pankow.

Drei Fragen.

Der Mädchenmord in Pankow ist Inhalt eines Scherenschnittes, der eine Belohnung von 1000 M. aussetzt und dem Publikum nach einer Darstellung der Vorgänge vier wichtige Fragen vorlegt: 1. Wer ist der Photograph, den Margarete Reding am Sonnabend nachmittag aussuchte, um sich photographieren zu lassen? 2. An welchem Vergnügen oder Bobblefest hat Margarete Reding teilgenommen, in welchem Lokal ist sie gesehen worden? 3. Wer war in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ihr Begleiter? 4. Wer hat Margarete Reding gefasst? Aus den bisherigen Ermittlungen geht hervor, daß das hübsche hübsche Mädchen bei der Männerwelt seiner Kreise viel Aufmerksamkeit erregte. Sie selbst nahm auch Huldigungen gern entgegen. Ueber Bekanntschaften sprach sie aber nur sehr wenig. Der Hausfrau erzählte sie einmal, daß sie in Berlin einen Bekannten habe. Zu einer Bekannten, die ermittelt wurde, sagte sie jedoch, daß sie den Bekannten erfinden habe, um ob und zu einmal ausgeben und ein Vergnügen haben zu können.

Großdachstuhlbrand in Charlottenburg.

Ein großer Dachstuhlbrand beschäftigte gestern nachmittag ziemlich fünf Stunden lang die Feuerwehr in der Dahlmannstr. 2 in Charlottenburg. In der Höhe des fünften Stockwerks befindet sich dort eine ausgebauten Mansardenwohnung. Während der Abwesenheit des Wohnungsinhabers entstand hier aus noch unbekannter Ursache Feuer, das längere Zeit unbemerkt schwelte. Gegen 6 Uhr bemerkten Straßenpassanten, wie aus den Dachlukken dicker Qualm hervorströmte. Die Feuerwehr wurde alarmiert, die zunächst mit zwei Löschzügen herandrückte. Inzwischen hatte das Feuer solche Ausdehnung angenommen, daß „dritter Alarm“ weitergegeben werden mußte. Zwei weitere Löschzüge eilten zur Hilfeleistung herbei. Das Feuer hatte fast den gesamten Dachstuhl in etwa 20 Meter Breite erfasst, der lichterloh brannte. Mit fünf Schlauchleitungen großen Kalibers wurde das Feuer über die Treppenhäuser und von den Nachbardächern aus angegriffen. Es gelang wenigstens eine noch größere Ausdehnung des Feuers zu verhindern. Die gesamte Mansardenwohnung mit ihrem wertvollen Inhalt wurde ein Raub der Flammen.

Die Kleingärtner demonstrieren.

Schafft Dauerkleingärten und Gartenheimstätten. — Keine Kündigung von Kleingärten ohne Zustimmung von Dauerkleingärtner! Unter dieser Parole veranstalteten die Kleingärtner des Bezirksverbandes Neukölln-Treptow am Sonntag eine große Demonstration. 4500 bis 500 Kleingärtner sammelten sich am Herbergplatz, zogen mit ihren Vereinsbannern und vielen Transporten, die auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Dauerkleingärten für die arbeitende Bevölkerung hinwiesen, durch die Hauptstraßen Neuköllns, am Rathaus vorbei, wieder zum Herbergplatz. Hier hielt der Vorsitzende der Organisation eine Ansprache, in der er die bekannten Forderungen auf Schaffung von Dauerkleingärten und Gartenheimstätten verteilte, und unter großem Beifall der Demonstranten gegen die Kündigung von Kleingärten protestierte, bevor diesen nicht Dauerkleingarten gelassen werden. Entgegen einer vorher getroffenen Verabredung, daß nur Vertreter der Kleingärtnerorganisation sprechen sollten, nahm der kommunistische Stadtdirektor Borch das Wort und versuchte, seine Forderung als die einzigste hinzustellen, die die Forderungen der Kleingärtner vertritt, und deren Tätigkeit die Fortnahme der Kündigungen der Kleingärtner an der Grenzallee zu danken sei. Nicht Förderung der Kleingartenfrage, sondern kommunistische Agitation war ihm offenbar die Hauptache. Genosse Schröder, der nunmehr in Rom an unserer Fraktion sprach, konnte darauf hinweisen, daß die Sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten für die Kleingartenbewegung eingetreten sei, und diese Bewegung auch für die Zukunft die weitgehende Förderung von ihr zu erwarten habe.

Ein schwerer Gerüststurz ereignete sich gestern in der Bundesversicherungsanstalt am Röllischen Park 3. In einem Saal werden gegenwärtig Reparaturarbeiten ausgeführt. Aus noch unbekanntem Ursachen brach ein Gerüst zusammen und zwei daraufstehende Arbeiter stürzten mehrere Meter in die Tiefe. Der 46jährige Arbeiter Kopig aus der Androasstraße 62 und der 50jährige Josef Ruppert, der in der Friedrichsstraße wohnt, zogen sich schwere Knochenbrüche zu und mühen durch einen Wogen des Städtischen Rettungsdienstes in das Urban-Krankenhaus geschafft werden. Eine baupolizeiliche Untersuchung wurde sofort eingeleitet. — Ein weiterer schwerer Unfall trug sich gestern in der Südgarage Köpenicker Ufer 61/62 zu. Der 60jährige Kleingärtner Ferdinand Schärer aus der Urbanstraße 87 war mit dem Reinigen eines Kraftwagens beschäftigt. Durch ein achtlos fortgeworfenes Streichholz wurde ausgefallenes Benzin zur Entzündung gebracht. Schärer erlitt schwere Brandwunden am ganzen Körper und mußte von der Feuerwehr zur nächsten Rettungsstelle geschafft werden. Das Feuer konnte von der Feuerwehr bald gelöscht werden.

Rheinischer Abend in der Funkhalle. Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Deutscher Rhein — Deutscher Wein“ in der Funkhalle am Kollertanm fand am Sonnabend ein rheinischer Gesellschaftsabend statt, der den Auftakt zu der großen Reihe rheinischer Feste im Rahmen dieser Veranstaltung bildete. Die festlich geschmückte Halle war zum Läng bereit; die Festungsstimmung ergab die Gäste von Anfang an bereit, daß selbst die im Riesensaal verteilten Aufsprecher den Rednern kaum noch Gehör verschafften. Namens der Stadt begrüßte Oberbürgermeister Böß die zahlreichen Rheinländer, die zum Besuch der Ausstellung nach Berlin gekommen waren, gedachte mit warmen Worten der engen Verbundenheit des besetzten Rheinlandes mit der Reichshauptstadt, die in der Not ihre rheinischen Volksgenossen nicht im Stich gelassen hat, und pries die Schönheit des Rheines mit seinen Burgen und Bergen. Die Grüße der Regierung überbrachte der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Schmidt, zugleich mit den Wünschen für eine baldige Be-

Das Urteil im Aktienbeseitigungsprozess

Ein Jahr Gefängnis für Dr. Ludwig Meyer.

Der Prozess des Rechtsanwalts Ludwig Meyer und Genossen hat nicht alle Erwartungen der Sensationslüsternen erfüllt. Die Richtigkeit und Sachlichkeit der Gerichtsverhandlung stand im trassen Gegensatz zu den vielen ausgeschauten Nachrichten, die über die angebliche „verbrecherische“ Tätigkeit des Rechtsanwalts Dr. Ludwig Meyer in die Presse kolportiert wurden. Nur ein einziger Fall beschäftigt das Gericht und mehr als dieser Fall kann dem angeklagten Rechtsanwalt auch nicht nachgesagt werden. Ganz anders liegen die Dinge bei den Angeklagten Pahlke und Kossel. Diese werden sich am 17., 21. und 25. Februar in drei weiteren Aktenschiebungen zu verantworten haben. Was aber den Fall Ludwig Meyer besonders kompliziert machte, war der Umstand, daß die Akten, die er erhalten hatte, in zwei Tagen auf ihre alte Stelle zurückgeliefert waren. So spitzten sich Beweisaufnahme und Plädoyer der Verteidiger auf die Frage zu, ob überhaupt der Angeklagte die Akten zur Vernichtung oder nur zur Einsicht an sich genommen hatte. Der Angeklagte selbst verneint mit aller Entschiedenheit die Absicht gehabt zu haben, die Akten zu beseitigen. Er schildert auch ausführlich, wie sich seine Beziehungen zu dem Angeklagten Lieke entwickelt haben.

Als dieser Strauß auf Widerruf erhielt, wurde Meyer von keinem Klienten mehr bedrängt. Er sah stundenlang in seinem Bureau, lauerte ihm im Kriminalgebäude auf, fragte ihn, daß er sich verfolgt fühle und warf ihm vor, daß er in seiner Angelegenheit nicht alles tue, was erforderlich sei. Da Lieke in Verbindung mit einem Stadtschreiber erneut von einem Arzt untersucht worden war, begab sich R.-A. Meyer zur Staatsanwaltschaft, um dort die Akten einzusehen. Als ihm hier nur ein Band der Akten vorgelegt wurde, schloß er Verdacht, daß im zweiten Bande sich irgendwelche geheime Verfügungen befinden müsse. Der Vorsitzende stellte fest, daß wirklich eine Verfügung bestand, den Lieke durch die Abteilung IV des Postpräsidiums beobachten zu lassen. R.-A. Meyer will von dieser Verfügung keine Mitteilung erhalten haben. Nun wandte er sich an Kossel mit der Bitte, ihm die Gerichtsakten wie auch die Handakten der Staatsanwaltschaft zwecks Einsicht zu verschaffen. Als Belohnung versprach er ihm 1000 Mark. Als er am Sonnabend dann in einer anderen Angelegenheit bei Pahlke war, hat dieser ihn um die Aktenzeichen. Er gab sie ihm jedoch nicht, da er nicht wollte, daß dieser an der Sache beteiligt sei. Am selben Sonnabend erhielt er jedoch die beiden Aktenbände von Kossel im Kriminalgericht zugesteckt. Die Handakten waren nicht dabei. Auf einem Zettel notierte er sich sofort, daß die Rückgabe der Akten am 15. Dezember erfolgen müsse. Er konnte die Absicht, die Akten zu vernichten, schon aus dem Grunde nicht gehabt haben, da er selbst die Anforderung der Vormundschaftsakten durch den Staatsanwalt beantragt hatte. So

hätte man ohne weiteres gemerkt, daß die Akten fehlten. Er habe gehofft, daß es Kossel gelingen würde, die Akten heimlich aus dem Zimmer der Staatsanwaltschaft zu entnehmen, um sie ebenso vorläufig zurückzuschaffen. Bei diesen Angaben bleibt der Angeklagte auch, als der Vorsitzende ihm seine Aussagen in der Voruntersuchung entgegenhält. Die Beweisaufnahme gab dem Gericht wenig neue Anhaltspunkte. Dem Justizamtschef Bogt hatte Kossel am Dienstag die Akten mit den Worten: „Diese hier hat noch Pahlke bei der Staatsanwaltschaft angefordert“ gegeben, damit er sie zurückerbringe. Die Frau des Angeklagten Lieke, der behauptet hatte, dem Rechtsanwalt Meyer nach und nach 4000 Mark gegeben und für ihn auch einige Möbel bezahlt zu haben, ist auch der Ansicht, daß dieses Geld, das ihr entwendigter Mann dem Wärschschrank entnommen hatte, in das Bureau des Rechtsanwalts gewandert sei, was dieser jedoch entschieden bestreitet. Dagegen sagt die Pflegerin des Angeklagten Lieke aus, daß am gleichen Sonnabend, als Rechtsanwalt Meyer die Akten aus dem Gericht erhalten hatte, er den Angeklagten Lieke telefonisch zu sich geholt und ihm gesagt habe, er möge sich nur viel Geld zusuchen. Der Staatsanwalt wollte nicht glauben, daß die 1000 Mark Belohnung allein für die Ermöglichung einer Einsichtnahme in die Akten gezahlt worden sollten. Diese Einsicht hätte auch auf andere Weise bewerkstelligt werden können. Es liege Aktenschiebung und Beamtenbestechung vor. Demgemäß seien Kossel und Pahlke zu je 1 1/2 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zu verurteilen und Rechtsanwalt Dr. Ludwig Meyer zu einem Jahre Zuchthaus wegen Beamtenbestechung, der Angeklagte Lieke sei zur Beobachtung in eine Anstalt zu überweisen. Die Verteidiger behaupteten jedoch, daß hier von einer Aktenschiebung keine Rede sein könne, da die Entfernung der Akten für zwei Tage aus dem Gerichtsgebäude nicht den Zweck hatte, sie der Staatsanwaltschaft unzugänglich zu machen.

Das Gericht schloß sich der Ansicht des Staatsanwalts an und verwurteilte seinen Anträgen gemäß die Angeklagten Pahlke und Kossel wegen gemeinschaftlicher schwerer Aktenschiebung und Bestechung zu je 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, je 300 M. Geldstrafe, resp. 30 Tage Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte Dr. Ludwig Meyer wurde wegen Anstiftung zu der Aktenschiebung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Auf die Strafe wurden 1 Monat 3 Wochen Untersuchungshaft angerechnet. Der Angeklagte Lieke wurde freigesprochen.

Die Affäre Ludwig Meyer und Genossen wird aller Wahrscheinlichkeit nach in der zweiten Instanz ein Nachspiel haben. Grotesk erscheint es aber, daß der Rechtsanwalt Dr. Ludwig Meyer an dem geisteskranken Lieke, über den sieben psychiatrische Gutachten vorliegen, scheitern mußte, und der sieben Jahre lang erfolglos das Wiedererwerbungsverfahren in seiner Sache betrieb hatte.

freizug des Rheinlandes von fremden Truppen. Karnevalsspiele, Abteingänge, Vorbereitungen von Volksständen brachten einen starken Beifall rheinischer Stimmung in die Feste, die die Gäste und das Publikum noch lange zusammenhielt.

Das Fest der Hörer. Der große Ball der „Funkstunde“ Berlin, schon zur Tradition erhoben, obgleich die Funkstunde über eine Tradition noch gar nicht verfügt. Wieder in den Gesellschaftsräumen des Zoo, wieder besetzt von einer Schaar von Hörern und Hörerinnen (diese natürlich in der Mehrzahl), die man auf 6-7000 beziffert. Alle von dem Wunsch befeuert, die singenden und sprechenden Helden des Mikrophons sich mal in aller Personlichkeit zu Gemüte zu führen. Sie kamen dabei nicht ganz auf ihre Kosten, denn wenn es wirklich gelang, sich zum Anblick dieser Freuden durchzuringeln, geriet in die Gefahr, erdrückt zu werden. Für solche Fälle waren Samariter vorgesehen, die kreuzwegwappnet die Säle nach Ohnmächtigen durchsuchten und bei dieser Tätigkeit voll auf ihre Befähigung setzten. Ueberall herrschte eine unerträgliche Hölle und eine unerträgliche Temperatur und das Wort Ball wurde zu einer Annohne, die sich selbst die Funkstunde nicht leisten durfte. Der gute Zweck — arme Kinder und notleidende Künstler — mag ja einiges entschuldigen, aber es darf nicht soweit führen, die einschuldigen Geplagten von Straßen- und Hochbahn zu den Hauptverkehrszeiten auch auf Berliner Feste auszudehnen.

Erdbeben in Jugoslawien.

Viele Personen getötet.

Gratz, 14. Februar. (WIB.) Ueber das Erdbeben in Jugoslawien wird der „Tagesspost“ aus Agram berichtet, daß von dem Erdbeben besonders die Herzegovina schwer betroffen worden ist. In Mostar sind zahlreiche Häuser eingestürzt; die dortige Tabakfabrik wurde bis auf die Grundmauern zerstört. In Metkovic (Dalmatien) wurden u. a. das Stationsgebäude und das Postamt vernichtet. In der Gegend des Amselfeldes bildete sich eine Erdspalte, in der Häuser verschwanden. Eine große Anzahl Menschen ist ums Leben gekommen. In Serajewo ist ein Berggrus eingestürzt, durch den zehn Häuser verschüttet wurden. Involk Personen fanden hierbei den Tod. In der Stadt, wo viele Gebäude schweren Schäden erlitten, kam es zu panikartigen Vorgängen. In Belgrad sind zahlreiche Sportstätten eingestürzt. In das Erdbebengebiet wurde Militär entsandt. Die seismographischen Apparate von Agram, Serajewo und Mostar verzeichneten in 77 Minuten 19 Erdstöße. Infolge der starken Ausschläge wurden sie außer Betrieb gesetzt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Abendungen für die Reichs- und Kreisparteien, 2. Teil, 2. Kreis, rechts, zu wählen.

Voranzettel

Montag, den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet in den Sophienhallen, Sophienstr. 17/18, eine allgemeine Funktionärerversammlung statt mit der Tagesordnung:

„Der Kampf um den Mieterschutz — die geplanten Mieterhöhungen um die Stellung der Sozialdemokratie.“

Referenten sind Landtagsabgeordneter Lüdemann und Landgerichtsrat Raban.

Es wird gebeten, diesen Tag von anderen Veranstaltungen frei zu halten. Bis zum Tage der Verammlung müssen alle Funktionäre mit dem Ausweis für 1927 versehen sein. Abteilungen, die noch keine Ausweise ausgegeben haben, müssen dies umgehend nachholen. Die Ausweise sind vom Bezirkssekretariat anzufordern oder abzuholen.

Der Bezirksvorstand.

5. Kreis, Friedrichshagen, Mittwoch, den 16. Februar, 7 1/2 Uhr, bei Hofm. Oberbergstr. 18. Sitzung der Wahlkreis-Kreisräte und Kommunalen Kommission. Die Kreisleiterinnen der Wahlkreise sind hierzu eingeladen. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein.

18. Kreis, Neukölln, Mittwoch, den 16. Februar, 7 Uhr, bei Inberg. Oberbergstr. 18. Sitzung der Wahlkreis-Kreisräte und Kommunalen Kommission. Die Kreisleiterinnen der Wahlkreise sind hierzu eingeladen. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein.

18. Kreis, Weihenau, heute Dienstag, den 15. Februar, 8 Uhr, im Jugendheim, Parkstr. 15. Beginn des Kreis-Kreisrats in der Besatzungszeit und Gegenwart. Leiter: Studentin Anna Wollmann. Alle Genossinnen und Genossen sind eingeladen.

Heute, Dienstag, den 15. Februar:
25. Wkt. Die arbeitenden Genossen müssen sich sofort beim Genossen Heine, Reichshofstr. 22, von 8 bis 12 Uhr nachmittags an.
26. Wkt. 14. Wkt. 7 1/2 Uhr im Pankowpark bei der Schule, Weidenstr. 12/13. Kreisversammlung. Vortrag: „Geschichte der Arbeiterbewegung.“ Referent: Stadtschreiber Herrmann. Alle Genossen sind herzlich eingeladen. Erhalten unbedingt erforderlich. — 27. Wkt. Die Reichshofstr. und Reichshofstr. werden besucht, bis zum Mittwoch, den 16. Februar, die sich noch in ihren Händen befindlichen Genossinnen betr. 20. Februar beim Genossen Gomanz, Bahnh. 6, bestimmt abzusprechen.

Morgen, Mittwoch, den 16. Februar:
4. Wkt. Kommunale Kommission, 7 1/2 Uhr bei Gomanz, Weidenstr. 12/13. Sitzung. Vortrag: „Sozialistische Grundzüge in der Wahlkreisfrage.“ Referent: Dr. Fritz Götze, Komm. der Obmannen.
24. Wkt. 8 Uhr in der Schulaula, Weidenstr. 2. Kreisliche Wahlkreis-Fest. Die Genossinnen und Genossen der 2. Gruppe hat hierzu herzlich eingeladen.

23. Wkt. Schwerhörige, 7 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 2, 2. Teil III. Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Hans Ramek über: „Die Depressions.“ Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen. Gönner-Gesellen sind herzlich eingeladen.

Charlottenburg, 14. Wkt. 8 Uhr bei Reich, Kantstr. 62. wichtige Funktionärsversammlung. Alle Funktionäre und die Teilnehmer zur Kreisleitererversammlung müssen unbedingt erscheinen. — 27. Wkt. 8 Uhr bei Thonard, Weidenstr. 4, Funktionärsversammlung. Um vollständiges Erscheinen wird dringend gebeten.

28. Wkt. Reichshofstr. 7 1/2 Uhr im Lokal Röhrenhof (Neb. Röhrenhof), Oberbergstr. 18, Kreisversammlung. Vortrag: „Rückblick auf die Arbeiterbewegung.“ Referent: Herrmann. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen. Gönner-Gesellen sind herzlich eingeladen.

100. Wkt. Reichshofstr. 8 Uhr im Lokal Götze, Reichshofstr. 18. Kreisversammlung. Vortrag: „Die politische Lage und die SPD.“ Referent: Paul Jahnke. Alle Genossinnen und Genossen müssen bestimmt erscheinen. Erhaltungsgesamt-Kreisleitererversammlung. Verbleibendes.

122. Wkt. Weidenstr. 8 Uhr im Lokal Weidenstr. 8. Kreisversammlung. Vortrag: „Wahlkreis und die Sozialdemokratie in der Republik.“ Referent: Herrmann. Alle Genossinnen und Genossen müssen unbedingt erscheinen. Götze hat mitkommen.

123. Wkt. Röhrenhof, 8 Uhr bei Thonard, wichtiger Funktionärsversammlung. Götze hat mitkommen. 127. Wkt. Reichshofstr. 7 1/2 Uhr im Lokal Götze, Oberbergstr. 18. Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die Reichshofstr. und die Sozialdemokratie.“ Referent: Herrmann. R. b. 2. Erhaltungsgesamt per Reichshofstr. 18. Kreisversammlung. Vortrag: „Wahlkreis und die Sozialdemokratie in der Republik.“ Referent: Herrmann. Alle Genossinnen und Genossen müssen unbedingt erscheinen. Götze hat mitkommen.

129. Wkt. Reichshofstr. 8 Uhr im Lokal Röhrenhof, Oberbergstr. 18. Kreisversammlung. Vortrag: „Wahlkreis und die Sozialdemokratie in der Republik.“ Referent: Herrmann. Alle Genossinnen und Genossen müssen unbedingt erscheinen. Götze hat mitkommen.

Frauenveranstaltungen am Dienstag, den 15. Februar:
20. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Thonard, Weidenstr. 2. Vortrag: „Die weibliche Schule.“ Referent: Frau Reichshofstr. 18. Götze hat eingeladen.
25. Wkt. Charlottenburg, 7 1/2 Uhr bei der Genossin Gomanz, Weidenstr. 6, von 8 bis 12 Uhr. Vortrag: „Was der Arbeiterkampf.“ Referent: Genossin Jense.

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 16. Februar:
24. Wkt. Charlottenburg, 8 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 2. Frauenabend. Vortrag: „Die Frauenbewegung.“ Referent: Frau Gomanz. Götze hat eingeladen.

27. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Thonard, Weidenstr. 2. Vortrag: „Die weibliche Schule.“ Referent: Frau Reichshofstr. 18. Götze hat eingeladen.
28. Wkt. Charlottenburg, 7 1/2 Uhr bei der Genossin Gomanz, Weidenstr. 6, von 8 bis 12 Uhr. Vortrag: „Was der Arbeiterkampf.“ Referent: Genossin Jense.

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 17. Februar:
128. Wkt. Reichshofstr.-DR. 7 1/2 Uhr Frauenabend in der Weidenstr. Lindenstr. 2. Alle Genossinnen müssen erscheinen. Götze hat mitkommen.

Jugoslawien. Heute, Dienstag, den 15. Februar:
Gruppe Reichshofstr. 14. Wkt. 8 Uhr im Jugendheim, Parkstr. 15. Kreisversammlung über: „Jugoslawien.“ Referent: Frau Gomanz. Götze hat mitkommen. — Gruppe Charlottenburg, 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 2. Kreisversammlung. Vortrag: „Die nationale Jugendbewegung.“ Referent: Genossin Jense.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.
Kreis Charlottenburg, heute, Dienstag, den 15. Februar, im Jugendheim, Parkstr. 15. Kreisversammlung: „Im Sinne der Welt.“ Beide Gruppen gemeldet.

Reichshofstr. 18. Kreisversammlung. Vortrag: „Die weibliche Schule.“ Referent: Frau Reichshofstr. 18. Götze hat eingeladen.
127. Wkt. Reichshofstr. 7 1/2 Uhr im Lokal Götze, Oberbergstr. 18. Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die Reichshofstr. und die Sozialdemokratie.“ Referent: Herrmann. R. b. 2. Erhaltungsgesamt per Reichshofstr. 18. Kreisversammlung. Vortrag: „Wahlkreis und die Sozialdemokratie in der Republik.“ Referent: Herrmann. Alle Genossinnen und Genossen müssen unbedingt erscheinen. Götze hat mitkommen.

Strecktafel der Groß-Berliner Partei-Organisation
27. Wkt. Charlottenburg. Unser langjähriger Genosse Reichshofstr. 18. Wkt. 14. Wkt. im Alter von 42 Jahren an den Folgen einer Operation verstorben. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
27. Wkt. Charlottenburg. Die Einlieferung unserer verstorbenen Genossen befindet sich heute, Dienstag, den 15. Februar, nachmittags 1 Uhr, im Krematorium Reichshofstr. 18. Wir bitten um recht zugehörige Teilnahme.

Funkwinkel

Am Sonntag nachmittag spielte die Kapelle Gebrüder Steiner die Ouvertüre zu Verdis längst vergessener Oper „Die Stilianische Bester“, endlich einmal ein wenig bekanntes Musikstück in den Nachmittagskonzerten. Die Ouvertüre, stark an Donizetti erinnernd, ist außerordentlich melodisch und sprühend von Einfällen. Die Uebertragung von Wagners „Tannhäuser“ aus der Staatsoper, technisch geglückt, zeigt überraschend guten Klang des Orchesters, das diesmal nicht von den Sängern zugeleitet wird. Zu erwähnen bleibt ein Vortrag des Schriftstellers Jesozer „Schicksal über das Grab hinaus!“ (Wo und wie große Dichter bestattet wurden.) Im Grunde nichts als eine Aufzählung von Daten. Petrarca, Dante, Schiller und Keist werden aneinander gereiht. Grotesk die Gerüchte bei der Beerdigung Lessings, von dem abergläubische Geister behaupten, der Teufel hätte ihn geholt. Das Ganze ein nettes, unterhaltendes Feuilleton.

In der Kassenstunde am Montag liest Heinrich Eduard Jacob seine Erzählung „Die sächsischen Prinzen und Hans Schmalde“, eine großangelegte Novelle, die den bekannten sächsischen Prinzenraub behandelt, ein Werk von feinsten sprachlicher Kultur, geistlich, leicht und plastisch. Das Konzert „Soldaten- und Studentenlieder“ bringt alte bekannte Weisen und Märsche. Über das verlorene Heidelberger Herz hätte dem Hörer erlassen werden können. Dann drei instruktive Vorträge. Dr. Raaber, Direktor des Stadtiarkhos, stellt fest, daß Berlin ursprünglich kein wendisches Fischerdorf gewesen ist, sondern als echte, deutsche Kolonialstadt, wie neuere Forschungen ergeben haben, ungefähr um 1230 auf Anregung des Markgrafen Johann I. gegründet wurde. Ebenso verhält es sich mit der früheren Schwesterstadt Köln. Darauf schildert Ida Briegleb im Rahmen der Vortragsreihe „Mensch und Arbeit“ das Leben der Warenhausverkäuferin, das bereits mit der Fahrt im überfüllten Straßenbahnwagen beginnt. Straßenger und Kügen beim Zuspätkommen sind die ersten Freuden. Ausruhen gibt es nicht. Von früh auf Kunden. Kleinigkeiten, wie die Tatsache einer Kundin nichts verkauft zu haben, die darauffolgende Rüge der Aufsicht, alles dies drückt die Stimmung der Verkäuferin herab. Von allen Seiten wird sie mit Wünschen bestürmt, dazu gefaselt sich verschiedene Kunden in Unhöflichkeiten und die Aufsicht muß aus Geschäftsinteresse gegen die Verkäuferin Stellung nehmen. Wann beginnt das eigene Leben? Die Mittagszeit ist kurz, und vor 1/8 Uhr abends verläßt das Mädchen kaum das Warenhaus und ist dann müde, abgepannt und nervös. Mit der Bitte an alle Hörer, Rücksicht gegen die Verkäuferin zu üben, schließt Ida Briegleb ihre Ausführungen. Ueber den Entwurf der Arbeitslosenversicherung spricht Dr. Wolfgang Bohl: Die Leistungen der Versicherung, die sieben Lohnklassen umfasst, befinden sich in einem bestimmten Verhältnis zu den früher verdienten Löhnen. Allerdings sind hier Einschränkungen vorhanden z. B. bei Familien, deren Mitglieder in Gesamtheit Verdienner waren. Wertwürdig und unsozial erscheint die Bedingung, daß erst eine Woche nach Beginn der Arbeitslosigkeit die Unterstützung beginnt. Unklar sind bis jetzt die Zahlungsbedingungen bei Streiks, und für höhere Angestellte sollen erst nach Abstufungen vorgenommen werden. Am Abend ein Sinfoniekonzert mit Spohr und Tschaiwosty unter Bruno Seidler-Winklers fortreicher Leitung. Professor Robert Zeller spielt das Klavierkonzert von Wieniamoff.

Gr. Schauspielhaus
kur noch 14 Tage
Tägl. 8 1/2 Uhr:
**Von Müllers
zu Müllers**
CHARELL-
REVUE
Sonnt. nachm. 3 Uhr
ungekürzte Vorstellung
zu ermäß. Preisen!

Trianon - Th.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der 11. Lachert
Dr. Stieglitz
Friedr. Loh, 6. März
Stg. 4 Uhr: Kleine Pr.
Dr. Stieglitz

10. März - 10. März
Th. Königplatz St.
Hasenheide 2110
8 Uhr: Die
treue Nympe
Elsabeth Berger
Homburg
Norden 6304
8 Uhr:
Dover - Calais
Lohr, v. Thalman,
Dresdenerstr.

Kaller - Revue
Theater im
Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr:
An u. aus

Rose-Theater
8 1/2 Uhr: Das Ein-
familienhaus

10. März - 10. März
Die Künstler - Th.
Heute geschl.
Morgen 7 Uhr:
Premiere
Der Zarewitsch
Lesing-Theater
Alb. Bassermann
8: Der Direktor
Th. u. Karlsruherstr.
Marie Dorsch
8 Uhr: NINI
Lustspielhaus 87,
Guido Thielscher
Horra - ein Junge

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
7 1/2 Uhr: Evange-
lium
Schauspielhaus
8 Uhr: Candida
Schiller-Theater
8 Uhr: Journalisten

Hammerspiele
Norden 1034-37
8 1/2 Uhr:
Germaine
(Amourrouse)
von Porto-Riche
Scha: Fiedl / Ledwag
Die Komödie
Nemmerl 2414, 7514
1 1/2 Uhr:
Die Perle
von Tristan Bernard
Scha: Fiedl / Ledwag
Freitag, 18. Nach-
vorstellung, 11 Uhr
Zum 1. Male:
Rasch ein Mähd

Neues Theater
am Zoo
Stpl. 4371. Tgl. 8 Uhr:
Erika Glässner
in
Modellhaus Crevette.
Vorverk. ununterbr.

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
**Der fliegende
Holländer**
Abonn. - Turnus 1

Theat. a. Hollendurpl.
Kurfürst 2091
8 Uhr:
Zum 25. Male:
Max Adalbert
in „Müllers“
Kostümbühne
8 1/2 Uhr:
Kostümbühne
Scha: Fiedl / Ledwag

SOVA
Nellendorf 1800
8 Uhr:
**Powers
Tanz-
Elefanten**
und andere
**Varieté-
Nonnetten!**
Thalia-Theater
8 Uhr:
Der große und der
kleine Klaus

Volksbühne
Theat. an Schlegelstr.
8 Uhr:
Traumspiel
Morgen 7 Uhr:
Volpone

Central-
Theater
Täglich 8 Uhr:
**Der Trompeter
vom Rhein**
Vorverk. ununterbr.
Preise von 1-7 M.

Waller - Theater
8 1/2 Uhr: Der Schläger 8 1/2
Das blonde Wunder

TAUENTZIENPALAS
*Die
Gabinen*
HAUPTROLLEN:
**EDDA CROY
HARRY LIEDTKE**
WOCHENTAGS
6, 8, 10 UHR

Leichte Arbeit
muß das an sich wenig erfreu-
liche Schuhputzen sein. Tragen
Sie die Creme hauchdünn auf,
lassen Sie die Schuhe einen
Augenblick stehen, bürsten Sie
dann mit reiner Bürste blank
und polieren Sie mit weichem
Lappen nach. Aber nicht
irgendeine Creme dürfen Sie
nehmen, sondern nur die hoch-
wertigste Lederpasta

Erdal
putzt die Schuhe
pflegt das Leder!

Ausstellung
„Deutscher Rhein - Deutscher Wein“
Funkhaus Kaiserdamm
Täglich 7 Uhr abends
Winzerfest am Rhein
Rheinische Stimmung - Tanz - Kabarett
Paul 30.300 Kontoriert
1 Palast Rheinein 0,50 M. - Eintritt nur 1,50 M.

Neue Welt
A. Scholz Basenheide 105-114
Dienstag, d. 1. Februar, sowie täglich:
Bockbierfest
in den bayerischen Alpen - 5 Kapellen
Neue Dekorationen - 10 bayerische Mäde
Prämierung des schönsten Damen-Frühjahrsbutes
3 bare Getränke 30.-, 37.-, 30.-, 30.-, 30.-
Anmeldungen von 8-10 abends an der Kasse
und einen eines sauren Gases auf dem
Mischen-Lucanus-Frühjahrsbutes
Eintritt 5 Uhr
Vorverkauf: 10. und 16. Februar 1927:
Dr. Alpenball in Berchtesgaden

Waltha - Theat.
Königsplatz 87, 87
Es war einmal
in Heidelberg
mit d. Schlagerted
ich hab' melieren in
Heidelberg verloren
Vorverk. 50% Ermäß.
Käte Schmidt-Samst
Gasten Bräuse

Komische Oper
Abendliche 8 1/2 Uhr:
**Sünden
der Welt**
Die weltbekannte
James-Klein-Revue
in 24 Verwandlungen
250 Mitwirkende / 6 Ballett
Theaterkasse ab 10 Uhr un-
unterbrochen geöffnet.

**Winter
Variete
Garten**
Rauchen gestattet
Drei unvergessliche Stunden
im CIRCUS CARL
HAGENBECK
8 Uhr
im CIRCUS BUSCH Norden

CASINO-THEATER 8 Uhr:
Neu! Ein Tag im Paradies! Neu!
Ausweichend: Otscheln 1-4 Pers
Fautell nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.
Reichshafen-Theater
Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Das wundervolle Februar-Programm!
Reduktion: halbe Preise,
volles Programm!
Dönhoff-Brett!
Variete, Konzert, Tanz.

Eine begeisterte Ovation
wird unserem Tabakdokter Ali Nabi in Gegenwart unseres
Münchner Findls dargebracht, als man ihn auf dem Schiff
als den Schöpfer der demunderten Zuban-Zigaretten erkennt.
Höchstes Lob überall
wird kostbaren Zuban-Zigaretten zuteil,
sei es im deutschen Vaterlande oder weit draußen in fremder Welt

Lucy Doraine ist die Krone Aller
Ihr mildsüßes Aroma, eine Folge der glücklichen
Mischung ausgewählter edler macedonischer Tabake
unschmetzelt Sie inmitten der Hast des Alltags
wie eine liebende Frau. Ihr milder Duft macht sie
Fhnen zum ungetrübten Genuß.

„Lucy Doraine“ die erlesene Zuban-Fünfer

Kapitalversorgung der Landwirtschaft

Der stärkste Kunde des Kapitalmarktes. — Politische und betriebliche Konsequenzen.

Die frühere Kreditnot der Landwirtschaft ist im Jahre 1926 einer reichlichen, vielleicht überreichen Kreditzufuhr gemichen. Die die letzten Veröffentlichungen über die Pfandbriefemissionen der landwirtschaftlichen Kreditinstitute zeigen, hat der Wiederaufbau des Grundkredits außerordentliche Fortschritte gemacht. Als Maßstab für die landwirtschaftliche Kapitalaufnahme können die Pfandbriefemissionen dienen, und zwar deshalb, weil Pfandbriefe nur in einem solchen Ausmaße begeben werden dürfen, wie hypothetische Deckung durch bereits abgezahlte und ausgezahlte Beleihungen vorhanden ist. Allerdings ist dabei zu beachten, daß durch die Verfassung der landwirtschaftlichen Kreditinstitute einerseits und die Praxis der Hypothekendarlehen andererseits der Großgrundbesitz absolut und relativ einen ungleich stärkeren Anteil an dem durch die Pfandbriefemissionen ausgewiesenen Kreditstrom zu sich lenken konnte, als der Mittel- oder gar Kleingrundbesitz.

Referat über Pfandbriefe.

Der gesamte, durch die Berliner Börsenstatistik erfaßte Umlauf an Goldpfandbriefen und Kommunalobligationen (der Anteil der Kommunalobligationen beträgt rund 10 bzw. 15 Proz.) ist von 881,22 Millionen Mark Ende 1925 auf 2158,81 Millionen Mark Ende 1926 gestiegen. Gegenüber dem Vorjahre bedeutet das eine Vermehrung von 145 Proz., eine Steigerung, wie sie in den günstigsten Friedensjahren nie erreicht wurde. (In den Jahren 1904 bis 1913 betrug die jährliche Vermehrung durchschnittlich 450 Millionen Mark.) Der Gesamtabsatz bleibt natürlich hinter dem Vorkriegs-Gesamtumsatz an Pfandbriefen mit rund 12 Milliarden weit zurück, aber die enorme Jahressteigerung bedeutet einen Referat auch im Vergleich mit den übrigen inländischen Anleihe-Emissionen. Diese beliefen sich im Jahre 1926 auf 1378,58 Millionen Mark, gehen also scheinbar etwas über den Betrag der in Berlin neu emittierten Pfandbriefe und Kommunalobligationen von 1277,59 Millionen Mark hinaus. Dem von der Berliner Börsenstatistik erfaßten Absatz an Pfandbriefen und Obligationen sind jedoch noch mindestens 400 bis 500 Millionen Mark Emissionen der Provinz (Süddeutsche Institute) zuzurechnen, so daß sich der gesamte Emissionsbetrag für 1926 auf 1,67 bis 1,77 Milliarden Mark erhöht. Die Referatentwicklung des Pfandbriefumschlages (wiederum ohne die Ziffern der süddeutschen Institute) in den einzelnen Vierteljahre geht aus nachstehender Tabelle hervor:

Umlauf	1. Qtr.	2. Qtr.	3. Qtr.	4. Qtr.	1926
an Goldpfandbriefen	81.12.25	81.8.26	80.6.26	80.9.26	81.12.26
einkl. Kommunalobligationen in Mill. M.	881,22	1 090,51	1 880,06	1 768,14	2 158,81
an Roggenpfandbriefen in Mill. Renten	80,78	26,89	24,88	22,71	20,74
(Roggenpr. M. je Ztr.)	(8,48)	(9,18)	(1,78)	(10,63)	(11,73)

Die Abnahme des Umlaufs an Roggenpfandbriefen ist darauf zurückzuführen, daß in entsprechender Menge Tilgungskäufe vorgenommen wurden, während andererseits Neuemissionen auf Roggenbasis nicht mehr erfolgten, da der Roggen als Wertmesser nicht den Erwartungen entsprochen hat.

Die Verbilligung des Realcredits.

An der gewaltigen Steigerung des Pfandbrief-Umlaufs hat der mit 8 Proz. verzinste Typ den weitaus stärksten Anteil. Von 357,11 Millionen Ende 1925 erhöhte sich der Gesamtumsatz der 7prozentigen Pfandbriefe auf 1376,86 Millionen, vermehrte sich also in einem Jahr um 286 Proz. Auf die einzelnen Institute verteilt, ergibt sich eine Jahressteigerung des 7prozentigen Papiers bei den

Hypothekendarlehen von 221,26 Mill. M. auf 711,08 Mill. M.	
Landwirtschaften	90,06
Sonst. Institute	18,90
Gold-Kommunalobligationen	26,89
Gesamt	857,11 Mill. M. 1876,86 Mill. M.

Für das Jahr 1926 ist demnach der 7prozentige Goldpfandbrief als Standardtyp anzusehen. Um seine Vormachtstellung wird es aber bald gesehen sein, da die fortschreitende Senkung des Bundeszinsfußes den allgemeinen Uebergang zu niedriger verzinnten Pfandbriefen zur Folge haben wird. Wenn bisher keine besonders starke Zunahme des Umlaufs an 7- und 6prozentigen Pfandbriefen festzustellen ist — wider Erwarten auch im vierten Quartal 1926 nicht — so ist das damit zu erklären, daß die Hypothekendarlehen erst ihre bereits vorbereiteten Emissionen an 7prozentigen Pfandbriefen haben ausverkaufen müssen. Die kommende Entwicklung wird aber dadurch gekennzeichnet, daß an der Berliner Börse von 26 Hypothekendarlehen bereits im Januar 1927 Zulassungsanträge für 7prozentige Pfandbriefe

in Höhe von 325 Millionen Mark gestellt worden sind. Auch für 6prozentige Pfandbriefe, die am 31. Dezember 1926 nur mit 6,93 Millionen Mark im Umlauf waren, sind Zulassungen von 296,4 Millionen Mark beantragt.

Gefahren der Uebersättigung.

Die Kapitalversorgung der Landwirtschaft, die für eine so riesenhafte Kapitalzufuhr durch die mit der Inflation verbundene Entschuldung erst wieder aufnahmefähig gemacht wurde, nimmt also bei dem Wiederaufbau des deutschen Kapitalmarktes die erste Stelle ein (Pfandbriefemissionen rund 1,7 Milliarden Mark, Anleiheemissionen rund 1,37 Milliarden Mark, Aktienemissionen zur Befriedigung neuen Kapitalbedarfs rund 1 Milliarde von insgesamt 2,07 Milliarden, von denen aber rund 1 Milliarde zu Fusionszwecken verwandt worden sind). Aber eine so reichliche Kreditaufnahme hat auch ernste und bedenkliche Schattenseiten für die Allgemeinheit sowohl, wie für die Landwirtschaft selbst. Ob die auf dem Kreditwege gewonnenen Mittel restlos zur dringend notwendigen Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion Verwendung gefunden haben, darf wohl bezweifelt werden. Fortschritte in der Betriebsführung durch Einführung arbeitssparender Maschinen und Geräte, durch bessere Saatgutwirtschaft und verbesserte Düngetechnik sind sicher vorhanden. Aber die Häufung der Kapitalaufnahmen, besonders beim Großgrundbesitz, wurde nicht auf das natürliche Hauptziel, die Anpassung an die weltwirtschaftlichen Konkurrenzverhältnisse, abgestellt, sondern auf eine künstliche Hebung des landwirtschaftlichen Ertrages. Zweifellos wurde die Verkaufswilligkeit, außer durch zollpolitische Maßnahmen, Roggenanlieferung usw. besonders auch durch starke Kapitalaufnahme zu sinkenden Zinsen stark gemindert, die das Durchhalten der Vorräte ermöglichte. Die Folge war ein stetiges Steigen der Getreidepreise von einem gegen Mitte 1925 schon erhöhten Stand mit 8,48 Mark je Zentner Roggen auf 11,73 Mark Ende Dezember 1926. Trotz des internationalen Preisrückgangs (Dezemberrückgang in Chicago fiel vom 26. August 1926 bis zum 26. Dezember 1926 von 102 1/2 auf 96) ist die landwirtschaftliche Preiskurve auch bei den meisten übrigen Produkten dauernd in die Höhe gegangen. In Stelle der notwendigen Umstellung (Uebergang zur Veredelungswirtschaft und zur Intensivierung der Bodenbewirtschaftung im ganzen) ist also nicht zuletzt durch die überstarken Kreditaufnahmen die Voraussetzung zu einer neuen Festlegung der landwirtschaftlichen Produktion gefördert worden.

Systematische Veredelungswirtschaft als Konsequenz.

Auf der anderen Seite hat die enorme Kreditbeanspruchung trotz der Senkung der Zinsen eine schwere Zinsbelastung im Gefolge, die mit den Erträgen der heutigen Form der Bodenbewirtschaftung leicht in Widerspruch kommen kann. Wenn auch z. B. die 10- und 8prozentigen landwirtschaftlichen Pfandbriefe durch ihre am 1. April 1927 durchzuführende Konvertierung auf 7prozentige Papiere im ganzen eine Zinsersparnis von rund 6,75 Millionen Mark jährlich erbringen, so ist die prozentuale Zinsbelastung aus dem Realcredit immer noch unüberhältnismäßig hoch. Die Zinslast trifft besonders schwer den wirtschaftlich schwächeren Mittel- und Kleinbetrieb, der im allgemeinen den billigeren Hypothekendarlehen der Pfandbriefeinstitute nur schwer oder gar nicht erhöht und so überwiegend auf Personalcredit angewiesen ist. Wie schwer aber die zusätzliche Kreditaufnahme den Arbeitsertrag dieser mittel- und kleinsten Kreise belastet, erhellt aus folgendem Beispiel: Ein Landwirt, dem im Januar 1926 nach den damals geltenden Sätzen ein 10prozentiges Darlehen von 10 000 M. auf 5 Jahre un kündbar zu 80 Proz. ausbezahlt wurde, hat dafür jährlich 16,95 Proz. Zinsen zu zahlen (10 Proz. Zinsen = 5000 M.; 20 Proz. Disagio = 2000 M.; Zinsen hierfür 200 M. jährlich = 1000 M., Untofsen 4,75 Proz. = 475 M., auf fünf Jahre 8475 M., das sind jährlich 16,95 Proz.) Diese geradezu ruinösen Zinslasten sind nun allerdings effektiv auf 7 bis 9 Proz. für neue Kreditaufnahmen ermäßigt, aber die Verblastung durch die im vergangenen Jahre aufgenommenen langfristigen und hochverzinslichen Kredite bleibt enorm.

So große neue Schuldübernahmen, wie sie im Jahre 1926 erfolgten, können deshalb von der Landwirtschaft auf Dauer nur dann mit Erfolg verwertet werden, wenn es auf der Grundlage einer systematischen Veredelungswirtschaft geschieht, gegen die sich die agrarischen Machthaber heute allerdings noch mit Händen und Füßen wehren.

Ein neuer süddeutscher Einkaufsverband. In Stuttgart hat sich laut „Konfektionär“ unter dem Namen „Einkaufskonzern süddeutscher Kaufleute“ eine Einkaufsgruppe mittlerer und größerer Textilgeschäfte aus Baden, Württemberg, Bayern und Hessen gebildet, dem zunächst 40 Firmen in verschiedensten Plätzen Süddeutschlands, namentlich Badens und Württembergs, angehören.

Eine Subvention für die Ufa.

Das Reich soll helfen.

Die Wahlen der Ufa, d. h. der Deutschen Bank, mahlen langsam, aber sicher. Daß die Ufa finanziell schlecht steht, ist bekannt; Angst ist von der Notwendigkeit einer sehr scharfen Kapitalzusammenlegung die Rede. Den großen Kapitalinteressenten ist der drohende Kapitalkchnitt sehr fatal. Deshalb arbeiten sie mit aller Macht dagegen. Allerdings nicht offen, die Öffentlichkeit soll nichts merken.

Vor mehreren Wochen sind nun Reichsrat und andere Reichsbehörden zum Besuch der Ufa-Berksitäten geladen worden und sind der Einladung auch gefolgt. Was zu erwarten war, stellt sich auch jetzt heraus: die Ufa gleich Deutsche Bank wünscht eine Subvention des Reiches, um ihre Verluste kleiner, d. h. den Kapitalkchnitt billiger zu machen. Natürlich keine eigentliche Subvention: das Reich soll nur „Sicherungsfunden“ gegenüber der Ufa wieder gut machen, die Öffentlichkeit soll eine Reparationsverpflichtung gegenüber der Ufa übernehmen, die in der Erleichterung zukünftiger und der Wiedererstattung früher gezahlter Steuern bestehen. Nach dem „Berliner Tageblatt“ wird dabei eine Rechnung über 20 Millionen aufgemacht. Dabei fehlt bezeichnenderweise der Hinweis nicht, daß die deutsche Öffentlichkeit von der Ufa doch eine „deutsche Produktion“ erwarte.

Wir wollen dazu feststellen: wir erwarten, daß Verwaltung und Großaktionäre die volle finanzielle Verantwortung übernehmen, die sie wie aus jedem Geschäft auch aus den Geschäften der Ufa trifft. Reich und Öffentlichkeit sind nicht zur Wiedergutmachung mißglückter Spekulationen der Deutschen Bank und ihrer Konzorten da, nachdem diese die besten Kräfte der deutschen Filmproduktion nach Amerika getrieben haben, wo sie zum Ruhm des amerikanischen Filmkapitals jetzt „deutsche“ Filme schaffen, die auch den Amerikanern mehr zuzugewandt sind. Was die „Ufa“ hier anstrebt, ist eine Subvention im vollsten Sinne des Wortes. Eine solche Subvention privater Unternehmungen ist nur ausnahmsweise und bei Vorliegen eines eindeutigen Allgemeininteresses zulässig. Wir hoffen, daß die Behörden gegenüber diesen Wünschen ihre Pflicht tun werden.

Politik und Frachttarife.

Die neuen Vorschläge der Reichsbahn.

Die Tarifpolitik der Deutschen Reichsbahngesellschaft ist von dem Wechsel der politischen Konstellationen alles weniger als unabhängig. Im Gegenteil, jetzt werden vom Agrarierum und der Schwerindustrie, den Herren der politischen Situation, scharfe Tarifkämpfe zum eigenen Vorteil geführt, die volkswirtschaftlich die Belastung anderer Kreise bedeuten, wenn sie Erfolg haben. So berechtigt nun die kürzlich erfolgte Zurückweisung der vom Landwirtspräsidenten Hepp vorgetragenen Sonderwünsche des Agrariertums sein mögen, so erregen im Zusammenhang mit ihrer Uebersehbarkeit die Abänderungsvorschläge der Reichsbahn zur Tarifpolitik doch lebhaftes Bedenken, die unter den heutigen politischen Verhältnissen von den Fertigungsindustrien und den Konsumentkreisen ernst beachtet werden müßten.

Beabsichtigt ist nicht eine allgemeine Erhöhung oder Ermäßigung der Tarife, sondern einmal eine Einschlebung neuer Tarifklassen im Wagenladungs- wie Güterverkehrs und die Herabsetzung der Tarife im Wagenladungsverkehr in der Klasse N 5, d. h. derjenigen Wagenladungsleistungen, deren Gewicht ungefähr bis 7 Tonnen geht, die also das Ladegewicht der Güterwagen nicht voll ausnutzen. Zum anderen wird die Frage erörtert, ob der nach dem Kriege eingeführte Staffeltarif (Benutzung der weiten auf Kosten der Rahmentarife) weiter in Kraft bleiben oder aber der in der Vorkriegszeit angewandte Kilometertarif wieder eingeführt werden soll.

Wenn die Reichsbahnverwaltung sich für die Beibehaltung des Staffeltarifs einsetzt und dabei betont, daß bei einer Rückkehr zum Kilometertarif nur eine ganz geringe, wirtschaftlich unwirksame Entlastung des Nahgüterverkehrs bis zu einer Enttarnung von 237 Kilometern eintreten würde, so verfährt sie dabei, daß sie selbst bestätigt hat, daß schon jetzt zirka 10 Proz. des gesamten anfallenden Güterverkehrs auf die großen Ueberlandautolinien übergegangen sind, deren Tarife wohl im allgemeinen etwas teurer als die Eisenbahntarife sein mögen, die aber eine bedeutend schnellere Beförderung der Güter garantieren. Die Abwanderung der großen Gütermengen von der Eisenbahn zum Autoverkehr ist einer der Gründe für die Tarifschwäche, daß zurzeit eine erhebliche Zahl von Lokomotiven und Güterwagen auf den Abstellplätzen der großen Abstellbahnhöfe verkommen. Dem näheren Verkehr werden bis zu 80 Proz. aller Frachtgeschäfte abgewickelt. Handel und Industrie würden bei einer Ermäßigung der Nahverkehrsätze, die bei einer Wiedereinführung des Kilometertarifs eintreten würde, zweifellos besser fahren als bei den Sätzen des Autoverkehrs. Aber auch für die Reichsbahn dürften sich auf die Dauer aus der Senkung der Nahverkehrstarife Vorteile ergeben. Der oft gehörte Hinweis auf die höheren Tarife der Privatbahnen geht von falschen Voraussetzungen aus. Es ist durch-

Ihr Schwarm

Massary-Berle
GOLD- u. PURPURNMUNDST.

4s

Massary-Delft
GOLD- u. TÜRKIS MUNDST.

5s

Massary-Ritter
GOLD- u. SEIDEN MUNDST.

6s



Zur schönen Freundin sprach Ninette:
»Mein Schwarm, der ist die Zigarette.
Doch kommt's dabei« — dies ihre Worte —
»Sehr an auf Qualität und Sorte:
Sie schmecke süß bei dem Genuß
Wie — sagen wir — der erste Kuß
Und rings durchdringe sie die Luft
Noch lieblicher als Rosenduft.
Berauschend ihr Aroma sei,
Und mild und leicht sei sie dabei,
Ihr Mundstück — rot, blau, gold gefaßt —
Sei Feint und Robe angepaßt. —
Was ich dir pries als höchste Lier,
Das bietet die Massary dir!
Darum, mein Kind,« so schloß Ninette,
»Rauch' nur Massary-Zigarette!«

Urteilen Sie selbst!

aus mirlächtig, daß alle Preisabnahmen, deren Verkehrsradius naturgemäß beschränkt sein muß, finanziell schlecht dastehen. Dies trifft nur bei solchen zu, die keinen Massenverkehr haben.

Zußer den Ausnahmetarifen, zu deren Sägen im allgemeinen Massengüter befördert werden, bestehen heute 6 Frachtklassen für den Wagenladungsverkehr. Sie sind bestimmt nach der Schwere und im allgemeinen genommen nach dem Wert der Ware. Wenn man den Frachtsatz der Klasse A mit 100 ansieht und danach die Frachtsätze der einzelnen Klassen miteinander vergleicht, so würde B mit 85, C mit 70, D mit 55, E mit 35 und F mit 25 figurieren. Zwischen den Klassen D und E sowie E und F beabsichtigt man jetzt eine neue Klasse einzuführen. Gleichzeitig damit sollen die Sätze der Klassen A, B und C etwas erniedrigt und zum Ausgleich für die dadurch entstehenden Frachtausfälle die Sätze der Klasse E in allerdings geringem Umfange erhöht werden. In die neue, zwischen D und E einzuführende Tarifklasse soll vorläufig nur Rundholz, welches bis jetzt nach einem Ausnahmearif berechnet wird, aufgenommen werden, wogegen die Einreihung von Gütern in die neu zu errichtende, zwischen E und F liegende Tarifklasse der Zukunft vorbehalten bleiben soll. Ein ziemlich gefährlicher Blankowechsel, den die Reichsbahnverwaltung ausgestellt wissen will.

Bei der Heraushebung der Tarifhöhe der Nebenklasse N 5 handelt es sich darum, daß gerade die kleineren Industrien hier stärker herangezogen werden, die das Ladegewicht des Wagens nicht voll auszunutzen vermögen. Sie sollen zugunsten der Großverfrachter relativ wie absolut höhere Tarifsätze zahlen. Vom Standpunkt der Reichsbahn gesehen, mag diese Maßnahme verständlich sein; sie ist aber vom Standpunkt der Volkswirtschaft nicht zu billigen, da dadurch zweifellos die Produktionskosten gerade der veredelnden Industrien eine weite Erhöhung erfahren.

Die Maßnahmen laufen letztlich darauf hinaus, daß die Versender von Massengütern, wie Zechen, Kohlengruben usw., also Groß- und Schwerindustrie, geschont werden sollen auf Kosten der kleinen Industrien. Bei der herrschenden Geldknappheit der Reichsbahnverwaltung liegt für eine derartige Maßnahme gar keine Veranlassung vor, sie ist nur zu erklären durch die Tatsache, daß im Verwaltungsrat der Reichsbahn die Vertreter des Schwerkapitals dominieren.

Eine neue Depositenkasse der Arbeiterbank. Wie wir erfahren, hat die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Bank der freigewerkschaftlichen Spargenossenschaften, in Frankfurt a. M. eine neue Niederlassung errichtet. Damit ist, neben den zahlreichen Zahlstellen in Deutschland, nach den Niederlassungen in Breslau und Hamburg, jetzt die dritte Depositenkasse in Funktion. Die Errichtung weiterer Zweigstellen in Bremen und Dresden steht bevor.

Scheidemandel legt 5:2 zusammen. Die A.G. für chemische Produkte, vorm. H. Scheidemandel, Berlin, die mit einem Aktienkapital von 25 Millionen Mark arbeitet ist das Unternehmen Deutschlands, welches in der Verarbeitung von Knochen zu Peim fast konkurrenzlos dasteht und das daneben mit der Verarbeitung von Fetten und der Beteiligung an ähnlichen Unternehmen beschäftigt ist. Schon seit mehreren Jahren arbeitet die Gesellschaft dauernd mit Verlust. Auch zum 30. September 1926 weist die Bilanz einen Verlust von 1.104.865 Mk. auf. Durch den Verlustvortrag aus dem vergangenen Jahre befreit sich der Gesamtverlust auf 2.439.059 Mk. Verantwortlich für diesen Verlust machte die Verwaltung in der Generalversammlung einmal die zu hohe Bewertung ihrer Vermögensbestände in der Goldmarkenöffnungsbilanz, ferner die Tatsache, daß der Konzern im Verhältnis zum Absatz eine zu große Anzahl von Betrieben hat. Sie verfügt über 19 Fabriken in Deutschland. Im Geschäftsjahr 1925/26 waren nur fünf Fabriken im Betrieb, gegenwärtig hat sich die Zahl der arbeitenden deutschen Fabriken auf sieben erhöht. Der Geschäftsgang hat sich nach Mitteilung der Verwaltung zwar gebessert, aber er ist immer noch nicht befriedigend. Die bisherigen hohen Verluste verringern sich allerdings durch noch nicht verrechnete Gewinne von Tochtergesellschaften in Höhe von 732.126 Mk. Um den Konzern zu sanieren, wurde in der Generalversammlung beschlossen, das Aktienkapital von 25 auf 10 Millionen Mark herabzusetzen, ein Teil der Buchgewinne soll für Abschreibungen verwendet werden. Die Gesellschaft hatte nach der Bilanz allein fast 4 1/2 Millionen Bankschulden, die allerdings nach Mitteilung der Verwaltung im laufenden Geschäftsjahr reduziert worden sind. Durch Abbau des Aufsichtsrats und auch der Verwaltung hofft die Gesellschaft Erparnisse machen zu können.

Die Rekordgewinne im Siemens-Konzern. Wie aus Nürnberg gemeldet wird, hat sich auch bei der Nürnberger Tochtergesellschaft des Siemens-Konzerns, der Elektrizitäts-L. & G. vormals Schudert u. Co., der Reingewinn in dem am 30. Dezember 1926 abgelaufenen Geschäftsjahr fast verdoppelt. Er ist von 1,98 auf 3,62 Millionen Mark gestiegen. Die Vorjahrsdividende von 4 Proz. wird auf 7 Proz. erhöht. Wenn dabei auch zu berücksichtigen ist, daß der Hauptbesitz dieser Gesellschaft in rund 45 Millionen Anteilen der Siemens-Schudert G. m. b. H. Berlin besteht, die Haupteinnahmen also aus diesem Anteilsbesitz fließen, so sind doch in dem jetzt abgerechneten Jahr erst die Dividenden von 1924/25 verteilt worden, nach nicht aber die um 2 1/2 Proz. höhere Dividende vom Jahre 1926. Dennoch ist der Reingewinn verdoppelt. Wie groß die Gewinne aus den eigenen Unternehmen zu ersehen sind, ist aus den vorläufigen Ziffern noch nicht zu ersehen. Jedenfalls sind auch diese beträchtlich gestiegen, da der Geschäftsumsatz bedeutend wuchs, wie die Erhöhung der Umlaufkosten um über 30 Proz. erkennen läßt.

Bessere Beschäftigung der Reichswerke. Die großen Marinewerftstätten des Reiches in Kiel, die ehemalige „Kaiserliche Werft“ und die Torpedowerft (Kiel-Friedrichsort) mußten nach Kriegsende auf Handelschiffbau und Maschinenfabrikation umgestellt werden, um wenigstens einen Teil der im Kriege außerordentlich stark vermehrten Belegschaft der drei großen Kieler Kriegsschiffwerften und Kriegsmaterialwerftstätten eine Beschäftigung zu sichern. Erfolgreicherweise ist es den Kieler Reichsbetrieben, die nunmehr in der „Deutsche Werke Kiel Akt. Ges.“ (11 Millionen Mark Aktienkapital) zusammengeschlossen sind, im letzten Jahre gelungen, wieder bedeutendere Aufträge, besonders aus dem Ausland, hereinzubekommen, so daß größere Arbeiterentlassungen vermieden werden konnten. Abgesehen von Um- und Neubauten für die Marineleitung (darunter der kleine Kreuzer „C“) sind jetzt Schiffe mit insgesamt 38.000 Tonnen im Bau, das ist mehr als 6 Proz. des gesamten Baubestandes aller deutschen Werften. Mit diesem Auftragsbestand, der sich in den letzten Wochen allerdings nicht, wie bei vielen Privatwerften, weiter erhöht hat, steht die Reichswerft an fünfter Stelle unter den deutschen Großwerften, weit vor den beiden anderen Kieler Betrieben (Kruppschen Germania-Werft und Howaldts-Werke K.G.) und selbst noch vor der großen und modernen Deutschen Werft A.G. in Hamburg (Baubestand 37.000 Tonnen). Die Ergebnisse des am 30. September 1926 abgeschlossenen letzten Geschäftsjahres zeigen, entsprechend den vermehrten Umsätzen bis 4,48 (im Vorjahre 2,57) Millionen Mark Bruttoüberschuss und 3,56 (1,92 Millionen Mark Handlungskosten (womit Steuern: 811.521 Mk.) einen von 99.308 auf 145.691 Mk. gekletterten Reingewinn, nachdem 781.853 (523.200) Mark zu Abschreibungen verwendet wurden.

Abfallssteigerung infolge Preisentwertung. Nach einer Meldung der Superphosphatindustrie ist die Erwartung, die die Industrie auf die bevorstehenden Maßnahmen einer Preisentwertung gesetzt hat, infolgedessen eingetroffen, als gegen den Absatz 1925/26 (Mai bis Januar) in der gleichen Zeit des laufenden Düngejahres, besonders auch in den letzten Monaten, eine erfreuliche Abfallssteigerung festzustellen. Auch der Anfang Januar vorliegende Auftragsbestand zeigt eine wesentliche Erhöhung im Vergleich zum Vorjahre.

Öffentliche Elternversammlung

am Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr, in den Borussia-Sälen, Weißensee, Berliner Allee 211
Vortrag:
Volk, wehre dich gegen die Vergiftung deiner Kinder!
Referent: **Stadtordeener Adolph Hoffmann**
Alle Väter und Mütter sind herzlich eingeladen

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

1. Arbeiter-Eisenie-Kongress. Sonntag, 27. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Saal der Philharmonien, Bernburger Straße.
Ein Frühlings-Mysterium (Dramatischer Chouerwerk von Bruno Schönlank) Sonntag, 4. und Sonntag, 13. März, vormittags 11 1/2 Uhr, im Theater am Bülowplatz. Karten sind im Jugendsekretariat erhältlich.

Die älteren Genossen beteiligen sich an der jungsozialistischen Veranstaltung am Sonntag, 19. Februar, 7 1/2 Uhr, in der Aula des Reichsbank-Vereins, Mittelweg 36. Genosse Engelbert Graf spricht über das Thema: „Kriegsgefahr und die Stillen Ocean“. Karten zum Preise von 50 Pf. sind zu haben im Jugendsekretariat.

heute, Dienstag, den 15. Februar, 7 1/2 Uhr:

- Schulbrüder: Schule Gothenburger Str. 2. Vortrag: „Sub und Mabel“.
- Wedding-Road: Jugendheim Luriner, Ede Gertrude. Vortrag: „Die Letzte des Bergarbeiterstreiks in England“.
- Dank: Gemeindefabrik Konradstr. 2. Vortrag: „Marx und Gewerkschaft“.
- Humannplatz: Schule Scherzbergstr. 7. Vortrag: „Alkohol und Kikotin“.
- Schönhauser Verkehr: Schule Dreifelder Str. 22. 10-Minuten-Referat.
- Senefelder-District: Schule Danziger Str. 22. Politisch-literarischer Abend.
- Hakenheide: Fabrikantenturm Altmühlstr. 64. Vortrag: „Was ist Gott?“.
- Schönewitz: Jugendheim Eichenstr. 3. Vortrag: „Politische Richtung“.
- Schöneberg I: Jugendheim Hauptstr. 13. Wahlleiter-Vortrag: „Bergbau“.
- Hakenheide: Schule Joachim-Friedrich-Str. 35-36. Wacker-Eisen-Abend.
- Milnersdorf: Jugendheim Silbergraben, 4. Vortrag: „Kriegsarbeit und Kapital“.
- Steig: 1. Jugendheim Silbergraben, 47. Vortrag: „Arbeiterrecht“.
- Wannsee: Schule Charlottenstraße. Vortrag: „Die politische Lage“.
- Reinickendorf: Jugendheim Bergstr. 20. Vorträge: „Tagesspiegel“.
- Reinickendorf III: Jugendheim Steinmühlstr. 114. Vortrag: „Soziale Richtung“.
- Reinickendorf V: Jugendheim Rogatzki, 33. Vortrag: „Gewerkschaften und Klassenkampf“.
- Reinickendorf VI: Schule Bergstraße, Wilhelm-Busch-Abend.
- Reinickendorf-West: Jugendhaus in der Seibelstraße. Vortrag: „Staatsformen“.
- Buchholz: Schule Berliner Straße. Vortrag: „Arbeiterjugend und Kirche“.

Verkehrsamt Schöneberg: Schule Tempelhofer Weg, 6 Uhr. Gymnastikabend.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seckelstr. 37/38, Hof 3 Et.
- Kreuzberg: Unter Kopenhagener Herber Feinholz, Belle-Alliance-Straße 74, ist pünktlich erschienen. Die Entscheidung findet heute, Dienstag, 8 Uhr, im Armatatorium Gertridenstr. 14. Der Kamerad Herbert Palm, 10. wird M., d. 16., nachm. 3 1/2 Uhr, auf dem Garnisonfriedhof Lehmann Straße beerdigt.
- Verband für Freiheitskämpfer und Genesung. Ortsgruppe Hohenschönhausen. Mittwoch, 16. Februar, 7 1/2 Uhr, im Berliner Hof, Berliner Straße 33, Lichtbildvortrag von Otto Roth über „Wetten entstehen und Wetten vergehen“. Eintritt frei. Gäste willkommen.
- Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Ortsgruppe Köpenick. Mittwoch, 16. Februar, 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Seidengarten Appellplatz 13. Stellungnahme zum Bundeskongress.
- Feiertagsfeier der Freien Schulergesellschaft Neutölln Mittwoch, 16. Februar, 14 Uhr, in der Aula der Walter-Falkenau-Schule, Röhdenstraße. Dr. Völkstein spricht über „Feiertags und die heutige Schulgestaltung“. Fr. Weigelt über „Feiertags als sozialer Kampf“. Dazu Schülerreden, Gespräch. Eltern, erscheint in Klassen!
- Schulgruppe. Caparanta-Gesellschaft beginnt Mittwoch, den 16. Februar, neuer Kursus. Leiter Dr. Müller, Kaiser-Friedrich-Schule, Knefbeckstr. 24, am Sandigunplatz. Gäste willkommen.
- Verband für Freiheitskämpfer und Genesung. Ortsgruppe Köpenick. Vortrag am Donnerstag, dem 17. Februar, 7 1/2 Uhr, Volkshaus Knefbeckstr. 24. Gastvortrag: „Die Schulpolitik des letzten Jahres in Deutschland“.

Briefkasten der Redaktion.

M. S. 24. 1. Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Berlin-Milnersdorf, Rahelstr. 2. 2. Rundschreiben der ersten, dann der zweiten, Arbeitergeber. 3. Geben Sie sich mit der Ortskrankenkasse in Verbindung. — M. S. 44. Zinzler, Althofen. Es liegt eine Reisebilligung vor. — M. S. 44. Der Höchstbetrag ist 3,50 Mk. — Darlehnsgesellschaft. 1. Eine Verpflichtung zur Zahlung besteht weder seitens der Krankenkasse noch der Landesversicherungsanstalt. 2. Handwerkskammer, Berlin, Kottbuser Str. 1-4, oder Landesberufsausschuss, Niederwallstr. 12. 3. Die kann nur geschlossen werden, wenn ein Einverständnis der Besondere der Aufsicht nicht zu erhalten. — M. S. 4. 1. Die Rückzahlung der aufgewendeten Hypothek erfolgt erst zum 1. Januar 1927. Reanfragen Sie die Eintragung des Aufwertungsbeitrages in das Grundbuch. Außer dem Eigentümer besitzt nach der vorliegenden Schätzung. 2. Die Bilanz soll sich an das unabhängige Berechnungsamt wenden. — M. S. 2. Die Herausgabe des Nachlasses kann verlangt werden. — M. S. 54. In Ihrer Nähe befindet sich keine weltliche Schule.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachdr. arch.). Bismarck heute und zeitweise neblig, nachts kalt, Tages-temperaturen nahe bei Null. — Für Deutschland: Das westliche Deutschland milde, sonst Fortbestand der herrschenden Witterung, nur im Nordwesten leichte Niederschläge.



Was man über die Margarine-Fabrikation wissen muss!

Nur die feinsten Speiseöle und Fette werden zur Herstellung der Feinkost-Margarine „Blauband frisch gekirnt“ verwendet und mit bester Milch gebuttert (gekirnt). Die fertige Ware ist das Reinste und Reinlichste, was man sich denken kann.

1/2 Pfd. 50 Pfennig



Verlangen Sie beim Kauf die beliebte „Blauband-Woche“



Die Patrioten.

Von Stefan Lipiński.

Wenn zwei adelige Väter da sind, die sich aus politischen Gründen gegenseitig hassen, und der eine einen Sohn und der andere eine Tochter hat, so ist es eigentlich Pflicht jedes Geschichtenschreibers, hieraus eine Liebesgeschichte zu machen und dann durch die jungen Leute die Alten zusammenzubringen. So war es schon seit jeher und so ist es auch heute noch. Und vor allem — das Publikum freut sich über diese Entwicklung und über die verheißende Macht der jungen Liebe.

So leid es mir tut, aber im vorliegenden Falle sind es hauptsächlich andere Ursachen gewesen, die die Verführung der beiden erbitterten Gegner herbeiführt haben.

Also, der eine war ein Pole, der andere ein Deutscher, und beide sahen als Gutsbesitzer in Westpreußen in ziemlich nächster Nachbarschaft beisammen.

Pan Franczyk von Dupla-Sitorfi, Besitzer des Gutes Piaski, war der Urtyp des Polen. Klein, schwarzhaarig, behende mit einem mächtigen runterhängenden Schnauzbart. Er war Wittwer, und seine achtzehnjährige Tochter Pelagia führte ihm den Haushalt. Der Gutshof bestand aus einigen holzerfallenen Wirtschaftsgebäuden und dem einstöckigen, niedrigen, mit Stroh gedeckten Herrenhaus, in dem nur noch drei Zimmer bewohnbar waren.

Dann waren noch zwei bewohnbare Scheunen da, deren Fenster anstatt Glascheiben zum größten Teil mit Pappe und Papier verklebt waren.

Das lebende Inventar des Gutshofes bestand aus vier Pferden, zwei Stück Rindvieh und einem Schwein. Dazu noch ein paar Hühner und ein Hund. Es kam jedoch von keinem der hier aufgeführten Lebewesen behauptet werden, daß es sich besonderer Beliebtheit erfreute, im Gegenteil, alle strakten ihre Knochen weit in die Luft und trugen alle ihre Rippen ganz offen zur Schau. Besonders die Pferde waren von einer erbarmungswürdigen Dürre. Sie waren noch gar nicht ausgewachsen gewesen, als sie zur Arbeit herangezogen worden waren und daher im Wachstum zurückgeblieben. Mit ihrem struppigen Fell glichen sie eher ausgewachsenen Flegeln als Pferden. Am besten war noch das Schwein daran. Es lief frei im Hofe umher, und da es von Natur an in der glücklichen Lage war, alles was auf Gottes Erdboden herumliegt, verzehren zu können, so konnte es im allgemeinen über Hunger nicht klagen.

In den Hütten hatte Herr Franczyk von Dupla-Sitorfi zwei Arbeiterfamilien wohnen, die in Anbetracht der nicht geradezu glänzenden Lage ihres gnädigen Herren kein beneidenswertes Dasein führten. Da sie aber nach Brauch und Recht für ein Jahr bis zu Martini, 11. November, an ihren jetzigen Herren gebunden waren, mußten sie eben dableiben. Ihr Herr verstattete ihnen jedoch gnädigst, daß sie sich zeitweise bei umliegenden Bauern als Tagelöhner verdingten, und da das Geld, das sie dort verdienten, alles in allem gerechnet den Lohn, den Herr Franczyk von Dupla-Sitorfi ihnen zu zahlen hatte, überstieg, so hätten sie an ihn, als ihrem Gutsherrn, eigentlich noch etwas zurückzahlen müssen. Aber darauf verzichtete Herr Franczyk großmütig, eingedenk der Devise: Adel verpflichtet.

Wenn nun aber trotzdem seine finanzielle Lage, wie schon angedeutet, eine recht trostlose war, so hatte niemand anderes daran schuld — das lag doch auf der Hand — wie die Pfaffen-Deutschen. Ach, der Beweise dafür gab es so viele. Wer verteuerte den Schnaps? Die Deutschen. Wer trieb die Steuern ein? Die Deutschen. Wer überludete die Wochenmärkte mit Kartoffeln, Getreide, Vieh und anderen landwirtschaftlichen Produkten? Die Deutschen. Wer düngte die Felder mit allen möglichen Sägen? Die Deutschen. Das heißt, letzteres fing allmählich an, auch bei seinen polnischen Nachbarn Mode zu werden, von denen einige behaupteten, man müsse sich den neuen Verhältnissen anpassen und mit der Zeit mitgehen. Auch sie begannen ihren Boden mit diesem neumodischen Düng zu bestreuen und sich landwirtschaftliche Maschinen anzuschaffen. O, diese Versinnigen, diese Abtrünnigen, diese Ueberläufer, diese Verräter. Aber, Gott sei Dank, man war noch von altem polnischen Schlage und hatte Gottesfurcht im Herzen. Achtzehnhundert Morgen Land war das Rittergut Piaski groß, das — Gott verzeih es ihnen — von den Deutschen amtlich in „Kuchelhof“ umgetauft war. Alles raubten sie einem, sogar den Namen. Vorläufig war aber immer noch der alte ehrliche Namen seines von den Vätern ererbten Stammgutes „Piaski“ gebräuchlich, was soviel heißt wie Sand. Es gab sogar ein altes polnisches Gedicht, wenn auch nur heiteren Inhalts, welches in der ganzen Umgebung bekannt war und sich mit der Trunkfestigkeit der Sitorfi auf Piaski beschäftigte, und dessen Refrain ungefähr lautete:

„Die Sitorfi (die Weiße), lebt in Saus und Braus,
doch fällt aus ihrer Tasche nichts wie Sand heraus.“

Und in der Tat, trostloser Sandboden war es, der das Bestium von Piaski bildete. Nichts wie Buchweizen und Kartoffeln trug der Boden, und auch das nur sehr spärlich, weil er vollkommen vernachlässigt war.

Über Pan Franczyk von Dupla-Sitorfi namte sich auch voller Stolz Waldbesitzer. Ja, es wuchsen in einer Ecke seines Grundbesitzes auf etwa 60 Morgen verteilt, wohlgepflegte vierhundertwüchsig allerdinge meist verkrüppelte Kiefern. Doch sie längst verpöndelt waren, war allgemein bekannt.

Nach dieser kurzen Darstellung der Verhältnisse auf Piaski dürfte es wohl nur wenige Leute geben, die dem widersprechen werden, wenn wir Pan Franczyk einen armen Schlufter nennen. Er selbst aber machte sich nicht viel daraus. Wollte wirklich einmal Schmalhans seine unerwünschten Rachenmelsterdienste ausdrängen, so mußte Jaschel, der Junge des einen Arbeiters, alle vier Pferde vor die alte ausgerumpelte Brischka spannen, und dann ging in Begleitung des gnädigen Fräulein Tochter Pelagia auf Besuch zu irgendeinem der vielen Verwandten und bekannten Gutsbesitzer.

Was sollten denn diese Heimgesuchten tun, wenn Pan Franczyk vom Wagen sprang, den Hausherrn auf beide Boden und der Hausfrau die Hand küßte und unter einem großen Wortschwall schenke aufschaute, solange nicht vorgeprochen zu haben. Wenn man auch insgeheim schimpfte und räsonierte, schließlich war man es sich und der alten polnischen Gastfreundschaft schuldig, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Und Pan Sitorfi ließ es sich nun wohl sein und sorgte auch dafür, daß Jaschel mit samt seinen vier Ziegen, die ebenfalls mit diesen Exzursionen durchaus einverstanden waren und mit einem gebundenen Appetit aufwarten konnten, nicht zu kurz kamen. Gewöhnlich blieben die Gäste auf einer Stelle nicht länger als drei bis fünf Tage, bis die Rundreise zum nächsten polnischen Nachbarn weiterging. Es war aber auch

Die Erklärung des Herrn v. Treskow.



„Bedeutungslos! Die Ehre eines Mannes ist keine Angelegenheit, über die die Politik dieser Koalition stolpern könnte!“

schon vorgekommen, daß Pan Franczyk auf einigen Stellen bis zu drei Wochen geblieben war. Ob er seinen Aufenthalt verlängert hatte, weil die Bitten des Wirts zu liebevoll und zu dringend gewesen waren, als daß man sie hätte kalten Herzens abschlagen können, oder war er länger dageblieben, um die Gastgeber für etwa vorgekommene Unachtsamkeiten zu bestrafen, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Wir wollen uns daher an die Tatsache halten, daß, leidend diese Gemohnheit des Pan Franczyk bekannt war, er bei seinen Besuchen über irgendwelche Vernachlässigungen nicht zu klagen hatte.

Bei seinem Gegenpart und Nachbarn, dem Herrn von Pleiten auf Groß-Juchen, lagen die Vermögensverhältnisse nicht viel besser. Ein ebenfalls vollkommen heruntergewirtschaftetes Bestium mit gänzlich vernachlässigtem lebenden und totem Inventar. Dazu kam aber noch, daß der einzige Sohn und hoffnungsvolle Erbe in Kriegenburg bei den Kürassieren als Leutnant stand und einen Zuschuß benötigte und auch erhielt, der das Doppelte der gesamten, freilich nicht glänzenden Gutsinkünfte betrug. Daß unter diesen Umständen alles noch einer Katastrophe drängte, und das Gut hypothekarisch vollkommen überlastet war, so daß dem alten Herrn von Pleiten auch nicht einmal ein kleines Stüchlein des bekannten Dachziegels über dem Kopfe gehörte, ist wohl leicht erklärlich.

Trotzdem die Betonung der Tatsache, daß Herr von Pleiten als deutscher ostmärkischer Landwirt auch starrer Halastist und Polenfeind war, was bei dem derzeitigen Stand der Erzählung beinahe eine Beleidigung ist, sinitemalen sich so etwas von selbst versteht, sei dieses Umstandes der Genauigkeit halber dennoch Erwähnung getan.

Natürlich hatten die „Polaken“ und die Juden schuld. Sie gehörten alle samt und sonders zum Bande hinausgeschickt zu werden. Hier war deutsches Land. Eigentlich hätte Herr von Pleiten alle Ursache gehabt, seinen polnischen Nachbarn dankbar zu sein, denn, indem er auf sie schimpfte, beruhigte sich sein Gewissen, welches doch manchenmal ihm wegen seiner Faulheit und Niederlichkeit Vorwürfe machte, sich aber bei diesen Hinweisen besriedigt in das fettgepolsterte Innere seines Herrn zurückzog. (Schluß folgt.)

Flaubert und das Schmutzgesetz

Von Dr. Hermann Hieber.

Ein klassisches Beleg dafür, wie moralische Engherzigkeit im Sinne des Schand- und Schmutzgesetzes sich an Rasterwerken der Literatur vergreift und dabei die Finger verbrennt, bietet der Prozeß, der am 31. Januar und 7. Februar 1887 vor dem Justizpolizeigericht in Paris getagt hat. Kein Geringerer als Gustave Flaubert war angeklagt wegen „Verstoß gegen die öffentliche Moral und die Religion“, verursacht durch den Roman „Madame Bovary“.

Es lohnt sich, gerade heute, wo die Freiheit des Schrifttums und der Kunst wieder einmal aufs schwerste gefährdet ist, dieses groteske Gerichtsverfahren der Vergessenheit zu entreißen. Der Staatsanwalt hatte prompt gearbeitet: am 1. Oktober 1886 war die erste Forderung des Romans in der „Revue de Paris“ erschienen; am 15. Dezember der Schluß des Wertes in der 6. Lieferung. Sechs Wochen später sah Flaubert mit dem Verleger Laurent Pichot und dem Drucker Villet zusammen auf der Anklagebank.

Geben wir zunächst dem Staatsanwalt, Herrn Ernst Pinard, das Wort. Gernu so, wie wir es heute mit dem Schand- und Schmutzgesetz machen, vermischt er die Klarheit und Klarheit

verständlichkeit der Gesetzesparagrafen 1 und 8 vom 17. Mai 1819 und 59 und 60 des Strafgesetzbuches („Code pénal“). Nach einer kurzen Inhaltsangabe des Romans spürt er seine Anklage also zu: Das Vergehen gegen die öffentliche Moral ist vor allem in vier Szenen zu finden, schlüpfrigen Schilderungen unsittlicher Vorgänge, die das Werk so beherrsigen, daß man es getrost anstatt „Moeurs des province“, „Provinzitten“, „Histoire des adultères d'une femme de province“ betiteln könnte: „Geschichte der Ehebrüche einer Provinzlerin“. Der Dichter hat den Ehemann der Doktorsgattin mit dem Gutsbesitzer Rodolphe geschildert, der mit ihr eine Reipartie in den Wald unternimmt, und einen zweiten mit dem jungen Notariatskandidaten Léon, mit dem sie jene berühmte lange Droschkenfahrt in Rouen unternimmt. Damit nicht genug, verlegt der Autor auch noch das religiöse Empfinden, indem er die fromme Schwärmerin, die Frau Bovary während einer schweren Krankheit zwischen beiden Ehebrüchen ergreift, genau so beschreibt, als handelte es sich bei ihren Gebeten um „die Worte, die man an einen Liebhaber während des Ehebruchs richtet“. Diese Mischung von Wollust und religiöser Schwärmerie findet Herr Pinard unentschuldigbar. Aber noch weit empörender die Todeszene der Frau, die sich vergiftet hat. Flaubert wagt es, die Sterbebühne des Priesters unvollständig wiederzugeben, die jedem Katholiken ein unanfechtbares Heiligtum bedeuten. Unbuhfertig und mit dem Glauben an ein ödliches Nichts nach dem Tode läßt er die Sterbende die letzte Delung empfangen und vernimmt die heiligen Worte des Priesters mit einem ordinären Bänkelsängerspers, der von der Gasse herauftrötet: mit einem Nachkrampf über die komische Mischung des Erhabenen mit dem Banalen scheidet die Sünderin aus dem Leben. Kurzum: Flaubert verherrlicht den Ehebruch und macht die Religion verächtlich. Die Gefahren dieses Wertes sind gar nicht auszudenken — denn wer liest es? Nicht allein reife und urteilsfähige Männer, sondern junge Mädchen und verheiratete Ehefrauen. Die Jugend ist in Gefahr! Die Ehe ist in Gefahr! Die Religion und Sittlichkeit sind in Gefahr! Die Angeklagten sind zu verurteilen, das Werk ist zu vernichten.

Dabei handelte es sich nicht einmal um den vollständigen Roman, wie er heute als unentbehrlicher Bestandteil der Belletratur vorliegt, sondern um eine vom Herausgeber der „Revue de Paris“ stark gefälschte Fassung, gegen die der Dichter ausdrücklich in der Presse protestiert hatte. Aber für den kaiserlichen Staatsanwalt war selbst diese ausgeputzte Fassung noch anständig. Auch politisch „pökte“ ihm „die ganze Richtung nicht“. Die Frau des kleinen Landarztes bewacht sich an der aristokratischen Freilichkeit auf Schloß Lauchepesard und vor allem an einem Herzog, der zwischen Herrn von Coigny und von Lauzun Liebhaber der Marie Antoinette gewesen war: „Er hatte am Hofe gelebt und im Bett von Königinnen geschlafen.“ Wenn man das als „historische Parenthese“ entschuldigen will, meint der Herr Staatsanwalt, dann ist es „eine traurige und unnütze Parenthese“. Die Geschichte hat kein Recht, „Verdächtigungen zur Gewissheit zu erheben“. Das mit der Halsbandgeschichte und so weiter ist alles mühsames Geschwätz. „Die Herrscherwürde und christliche Ruhe, mit der Marie Antoinette in den Tod gegangen ist...“ Also selbst der Thron ist nicht sicher vor diesem respektlosen Roman-schreiber! Und damit auch der unfreiwillige Humor nicht fehle, rücht unser kaiserlich-prozesslicher Staatsanwalt aus, der wie Wilhelm II. ein Langes und Breites über die „Geleke“ salbdiert, die die Kunst um keinen Preis „verleihen“ dürfe, und redet von „peinture apollinaire“, von „apollinischer“ Malerei, wenn er „apollonienne“ meint, nämlich die Schilderung des Apollonius von Thyana in Flauberts „Verdichtung des heiligen Antonius“. Als ob Apollon etwas mit Malerei zu tun hätte! Aber so geht es, wenn Staatsanwälte mit ihrem durch keine Sachkenntnis getrüben Urteil sich auf das Blatt der Kunst geben.

Was Maître Sénard, Flauberts Anwalt, in einer groß angelegten, glänzenden Rede zur Verteidigung des Romans und für die Freiheit der Kunst im allgemeinen sagte, deckt sich so stark mit dem, was wir selber bei der Lektüre der „Madame Bovary“ empfinden, und was wir in den letzten Wochen immer wieder haben aussprechen müssen, als daß wir es hier wiederzugeben brauchen. Aber einen Blick auf die Urteilsbegründung, wie sie die „Gazette des Tribunaux“ wiedergegeben hat, können wir uns doch nicht verlagern. Herr Dubarle, der Vorsitzende, muß zugeben, daß die inkriminierten Stellen des Romans „im Vergleich mit der Ausdehnung des Ganzen doch wenig zahlreich“ seien und „mit dem Gesamtbild der Charaktere, die der Verfasser hat zeichnen wollen, zusammengeben“. Auch handle es sich um „ein Werk, an dem offenbar lange und ernsthaft gearbeitet worden ist“. Freilich sei es „nicht gestattet, unter dem Vorwand der Charakterzeichnung oder des Lokalcolorits einen „Realismus“ zu produzieren, der die Bedeutung alles „Schönen und Guten“ bedeuten und „beständige Verstöße gegen die öffentliche Moral und die guten Sitten mit sich bringen würde“. Von ähnlichen wohlgemeinten Warnungen wimmelt die Urteilsbegründung. Trotzdem hat der Gerichtshof auf Freisprechung erlassen.

Gewiß ein lehrreiches Beispiel für unsere heutigen Gesetzgeber und Richter. Wie stehen die Herren Pinard und Dubarle heute vor uns da, die die öffentliche Moral und Religion vor Flauberts Meisterroman haben retten wollen!

Mäuseplagen in Kalifornien. In dem Kerngebiet in Kalifornien befindet sich eine Niederung von 12 000 Hektar, die ursprünglich einmal ein See war und jetzt mit Grasflächen und Anpflanzungen bedeckt ist. In diesem Gebiet macht sich in den letzten Monaten eine furchtbare Mauseplage bemerkbar. 40 Millionen dieser geschäftigen Nagetiere haben sich hier versammelt, weißflügelige Fledermäuse, kleine Hausmäuse und die kalifornischen Erdmäuse, die halb so groß sind wie Katzen und doppelt so gefräßig. Diese Tiere begannen nun im vergangenen November eine geheimnisvolle Wanderung, indem sie die Felder mit einem lebendigen Teppich bedeckten, sich über die Wege und Sträucher verbräuteten und sogar in Häuser eindrangen, aus denen die Bewohner flüchteten. Wo dieses Riesheer der Mäuse hinkam, traf es alles auf, zuerst das Getreide in den Scheunen, dann die Vorräte in den Häusern, Gummireifen und Lederfächer, kurz alles. Die Farmer gruben breite Gräben und füllten sie mit vergiftetem Korn. Tausende von Mäusen starben, aber Zehntausende rüdten nach. Eulen, Habichte und andere Raubvögel griffen das vorrüdende Heer an und rissen viele Mäusen in die Reihen, die sich aber sofort wieder füllten. Katastrophe von Mäusen. Gegen sie losgeschossen wurden, gaben bald den Mäuseplagen auf und wandten sich voll Elend ab. Da boten die unglücklichen Farmer das Ueberhaupt um Hilfe, und nun ist ein Sachverständiger mit einem Heer von Helfern an der Arbeit, die Mäuse durch Austreuung eines Giftes zu beseitigen, das für die Vögel harmlos ist. Man hofft, das Kerngebiet in einem Monat von dieser heillosen Plage befreit zu haben.

Was am Londoner Nachleben verdient wird. Ein sehr beliebter Londoner Nachklub, der „Kitt-Kat-Club“, zu dessen Stimmwirren zahlreiche frühere Minister und die Stars der Theater- und Konzertwelt gehören, muß auf behördliche Anordnung wegen Unreifehaftigkeit in der Geschäftsführung für drei Monate schließen. Die Nachprüfung der Bücher ergab interessante Zahlen über die Finanzen des Londoner Nachlebens. Der Klub hätte im Laufe von sieben Monaten für 35 000 Pfund Sterling alkoholische Getränke verkauft. Ein weiterer Betrag von 35 000 Pfund Sterling wurde für Essen eingenommen, während die Einkaufskosten des Materials nur 17 000 Pfund Sterling ausmachten.

